

Anlage 1: Arbeitsprogramm

Aktionsfeld: Regionale Wirtschaftsförderung

Vision: Berlin – Hier lohnt sich Unternehmen

Berlin verfügt über effizient arbeitende und bestens aufeinander abgestimmte Strukturen zur regionalen Wirtschaftsförderung. Diese sind eingebettet in klare Strategien und werden durch passende Instrumente unterstützt. Es stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, die effizient eingesetzt werden, um Unternehmen zu stärken und Innovationen voranzubringen. Dies geschieht insbesondere in den Schwerpunktfeldern Gesundheit, Verkehr/Mobilität, Kreativ- und IKT-Wirtschaft, Green Economy sowie Tourismus, Sport und Kultur.

Ziele im Überblick:

Clusterpolitik

- Ziel: Clusterpolitik unterstützen - Strukturen, Controlling, Monitoring
- Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern
- Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft fördern
- Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik fördern
- Ziel: Für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik eintreten

Wirtschaftsförderinstitutionen

- Ziel: Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, aufeinander abgestimmter Service

Finanzierungsinstrumente

- Ziel: Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten - Finanzierungssituation für kleine und mittelständische Unternehmen verbessern
- Ziel: Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten
- Ziel: Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern
- Ziel: Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren

Standortstärken

- Ziel: Positive Standortfaktoren Berlins ausbauen und betonen
- Ziel: Wirtschaftliche Entwicklung Berlins beobachten und darstellen
- Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen
- Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen und positionieren
- Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen

Standortmarketing

- Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren
- Ziel: Für Corporate Social Responsibility (CSR) als erfolgreiche Managementmethode werben

Clusterpolitik

Ziel: Clusterpolitik unterstützen - Strukturen, Controlling, Monitoring
--

Maßnahme: Clusterpolitik Berlins unterstützen und gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB) mitgestalten

Nach Abschluss ihrer Clusterbefragung im Jahr 2014 wird die IHK Berlin die Forderungen der Unternehmen an die Clusterpolitik Berlins in die Arbeit der Clustermanager und der Senatsverwaltung einspielen. Insbesondere die Schärfung des Netzwerkgedankens, der in den Clustern unterschiedlich verankert ist, wird in den Fokus gerückt. Zudem wird die IHK Berlin darauf drängen, dass die Kommunikation der innovationspolitischen Maßnahmen intensiviert wird.

Forderung: Effektive Clusterstrukturen aufbauen

Die IHK Berlin fordert, dass die im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg angestrebten Clusterstrukturen auf bestehenden Standortvorteilen der Region aufbauen und zur Wettbewerbsfähigkeit der Region beitragen. Im Einzelnen fordert sie, dass

- die Clusterstrukturen sich auf den technologischen Kern der Cluster fokussieren
- formulierte Strategien daraufhin entsprechend überprüft und angepasst werden
- die Clustermanagements als unternehmensorientierte, zentrale Ansprechpartner die Akteure vernetzen und
- die Rahmenbedingungen zur Clusterentwicklung entsprechend günstig gestalten, z.B. in dem die vertrauensvolle Kommunikation zwischen Unternehmen im Cluster gefördert wird
- den internationalen Austausch bzw. die internationale Vernetzung zu fördern, um auch langfristig neue Impulse für die Clusterentwicklung aufzunehmen und eine Stagnation durch selbstreferentielle Entwicklung zu vermeiden.

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern

Maßnahme: Umsetzung Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg begleiten

Die IHK Berlin wird in Kooperation mit den beteiligten Akteuren an der Umsetzung beschlossener Maßnahmen des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg insbesondere im Handlungsfeld Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitstourismus mitwirken. Einen Schwerpunkt wird dabei die Förderung des Austausches von Dienstleistern, Wissenschaftlern und an betrieblicher Gesundheitsförderung interessierten Unternehmen bilden.

Maßnahme: Dachmarke „HealthCapital“ stärker vermarkten

Zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Berlin wird die IHK Berlin das Cluster Gesundheitswirtschaft u.a. durch die stärkere Verbreitung der Dachmarke „HealthCapital“ weiter profilieren. Insbesondere wird die IHK unter Einbindung des Ausschusses Gesundheitswirtschaft Möglichkeiten zur Verbesserung der Vermarktung des Clusters erörtern und konkrete Botschaften, die auch von Unternehmen als Multiplikatoren genutzt werden können, erarbeiten.

Maßnahme: Kooperationsprojekte von Clusterunternehmen initiieren

Nach dem offiziellen Start der Kooperationsplattform "marktreif.berlin" wird die IHK insbesondere in innovativen und forschungsstarken Clustern wie der Gesundheitswirtschaft die Vermarktung vorantreiben, um noch mehr Unternehmen zu Kooperationen untereinander und mit der Wissenschaft anzuregen.

Maßnahme: Aus- und Weiterbildungsangebote für neue Berufsbilder in der Gesundheitswirtschaft entwickeln

Die IHK Berlin wird sich für passende Aus- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitswirtschaft einsetzen und dazu im Dialog mit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und Experten aus Wissenschaft und Politik konkrete Empfehlungen erarbeiten. Dabei stehen insbesondere die Berufsbilder für Kranken- und Altenpflege im Fokus, die sich im Zuge des demografischen Wandels und des medizinisch-technologischen Fortschritts laufend verändernden Qualifikationsanforderungen gegenüber sehen.

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft fördern
--

Maßnahme: Handlungskatalog der IHK Berlin zur IKT-Wirtschaft umsetzen

Die IHK Berlin wird auf der Grundlage von Handlungsfeldern, die der Ausschuss „Digitale Wirtschaft“ identifiziert hat, entsprechende Maßnahmen umsetzen. Dazu gehören verschiedene Aktivitäten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Digitalen Wirtschaft in Berlin sowie Aktivitäten, andere Branchen bei ihrer Digitalisierung zu unterstützen. Zudem wird die IHK Berlin Forderungen zur Verbesserung von Rahmenbedingungen an Politik und Verwaltung richten.

Maßnahme: Mehrwert der Digitalen Wirtschaft für andere Bereiche hervorheben

Die IHK Berlin wird die Stärken und die Kompetenzen der Digitalen Wirtschaft in Berlin und die Bedeutung von IKT als Querschnittstechnologie für andere Bereiche der Berliner Wirtschaft intensiver kommunizieren. Dazu wird die IHK Berlin 2015 gemeinsam mit Partnern verschiedene Veröffentlichungs- und Veranstaltungsformate entwickeln, um die Vernetzung mit anderen Branchen zu stärken.

Maßnahme: DIHK-Schwerpunkt - Branchenthemen der Digitalen Wirtschaft vorantreiben

Die IHK Berlin wird Schlüsselthemen der Branche durch gemeinsame Aktivitäten mit anderen Akteuren (z.B. Senat, IBB, Berlin Partner etc.) vorantreiben und damit auch das Schwerpunktthema des DIHK in 2015/16 "Digitale Wirtschaft" unterstützen. Zu den Aktivitäten gehören Aufbau und Verstärkung der Arbeit im Ausschuss Digitale Wirtschaft, Initiativen zum Aufbau digitaler Kompetenzen in der Bildung und digitaler Transformation sowie Engagement im IMK Cluster Berlin Brandenburg und die Vermarktung des IKT-Standortes, z.B. im Rahmen der IT-Standortkampagne „login.berlin“.

Maßnahme: Unternehmen der Kreativwirtschaft stärker in Clusterpolitik einbinden

Die IHK Berlin wird als Mitglied der Steuerungsrunde "Medien und Kreativwirtschaft" des Clusters "IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft" die weitere Entwicklung des Clusters aus unternehmerischer Sicht begleiten und deren Interessen als Basis für Handlungsempfehlungen in die Arbeit der Steuerungsrunde einfließen lassen.

Maßnahme: Dialog der Kreativbranche mit der Politik stärken

Der IHK-Ausschuss "Creative Industries" reagiert vorausschauend auf die aktuellen wirtschaftlichen Strömungen, um im ständigen Dialog mit Politik und Verwaltung Anregungen und Forderungen zu platzieren und Positionen zu manifestieren. Die IHK wird über den Ausschuss regelmäßig Gespräche mit Politik und Verwaltung führen, um sich über die Situation der "Medien- und Kreativwirtschaft" auszutauschen. Als Basis dafür soll die vom Ausschuss veröffentlichte SWOT-Analyse dienen, deren Inhalte - je nach Entwicklung - modifiziert werden. Weiterhin wird die IHK die SWOT-Analyse bei Gesprächen mit Politik und Verwaltung als Arbeitspapier/-grundlage verwenden.

Maßnahme: Vernetzung in der Kreativbranche fördern

Die Berliner Kreativwirtschaft ist geprägt von einer Heterogenität innerhalb der einzelnen Teilbranchen. Um die unterschiedlichen Ausrichtungen und die damit verbundenen Bedürfnisse und Problemstellungen zu vermitteln, bedarf es eines kontinuierlichen Austausches zwischen Unternehmen der Branche, der Wirtschaft und der Politik sowie einer Vernetzung innerhalb der Kreativbranche. Die IHK Berlin wird diesen Prozess mit gezielten Formaten fördern und mit regelmäßigen Unternehmensbesuchen unterstützen, um über ihre Angebote zu informieren, den Austausch zu fördern und ein Stimmungsbild der Branche zu erhalten.

Maßnahme: Branchenspezifisches Informationsangebot bereitstellen

Die IHK Berlin wird aktuelle branchenspezifische Themen begleiten und bewerten und dazu ein auf die Bedürfnisse der Unternehmen der Digitalen Wirtschaft bzw. der Kreativwirtschaft abgestimmtes Informationsangebot bereitstellen, z.B. über Brancheninformationen im Internetauftritt, Newsletter, Veranstaltungen und Gespräche sowie den Austausch mit Branchenvertretern über den Ausschuss „Digitale Wirtschaft“ bzw. den Ausschuss „Creative Industries“ intensivieren.

Forderung: Clustermonitoring durchführen, Handlungsnotwendigkeiten ableiten

Die IHK Berlin fordert, dass die Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung des Clusters IKT- / Medien- /Kreativwirtschaft strukturiert und klar kommuniziert werden. Die Handlungsfelder sollten sich stärker an den tatsächlichen Schwerpunkten der IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft ausrichten. Grundlage dafür ist ein transparentes Clustermonitoring, das die spezifischen Stärken und Schwächen des gesamten Clusters analysiert. Die Unternehmen der Branche müssen intensiver als bisher an der Steuerung, Strategiefindung und -umsetzung des Clusters beteiligt werden.

Forderung: Beteiligungsmöglichkeiten für IKT-Unternehmen erhöhen

Die IHK Berlin fordert klare Verantwortlichkeiten und eine höhere Transparenz der Projekte zur Clusterentwicklung im Bereich IKT/Medien/Kreativwirtschaft, um die Beteiligungsmöglichkeiten und die Vernetzung der IKT-Unternehmen zu erhöhen.

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik fördern

Maßnahme: Mehrwert des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik für Unternehmen steigern

Die IHK Berlin beteiligt sich intensiv an der Arbeit des Clustermanagements, indem sie ihre Expertise einbringt sowie Mitglieder und Öffentlichkeit über die konkreten Produkte des Clustermanagements informiert. Damit sorgt die IHK dafür, dass der Mehrwert des Clusters für die beteiligten Unternehmen weiter steigt, die Wahrnehmung und Präsenz des Clusters in der Branche und der Öffentlichkeit verstärkt und die Vernetzung in ganz Berlin und Brandenburg vertieft werden.

Maßnahme: Branchenspezifische Veranstaltungen durchführen

Die IHK Berlin wird mit branchenspezifischen Veranstaltungen dafür sorgen, dass der Wissensaustausch zwischen den im Cluster vertretenen Kompetenzfeldern verstärkt wird und Innovationen befördert werden.

Maßnahme: Internationalisierung des Clusters Verkehr vorantreiben

Die IHK Berlin wird an einer stärkeren internationalen Ausrichtung des Clusters mitwirken, in dem sie ihre Informations- und Serviceangebote für die Außenwirtschaft einbringt. Dies ist eine Voraussetzung, um langfristig Stabilität und Kontinuität der Clusterarbeit zu gewährleisten.

Ziel: Für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik eintreten

Maßnahme: Innovationspolitische Maßnahmen auf den Prüfstand stellen

Die IHK Berlin wird auf Grundlage der in 2014 entwickelten Prüfsteine für eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik ausgewählte wirtschaftspolitische Maßnahmen evaluieren. Ziel ist es, ausgewählte Maßnahmen auf ihre bedarfsgemäße Ausgestaltung hin zu prüfen und gegebenenfalls Stellschrauben zur Optimierung zu identifizieren.

Maßnahme: Innovationspotentiale und -leistungen in Berlin in Daten und Fakten abbilden

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit der Technologiestiftung Berlin Daten und Fakten zu den Innovationspotenzialen und -leistungen abbilden und in einer Publikation jährlich aufbereiten. Auf dieser Grundlage können die Entwicklung des Innovationsstandorts Berlin nachvollzogen und Handlungsempfehlungen für die Politik abgeleitet werden.

Wirtschaftsförderinstitutionen

Ziel: Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, aufeinander abgestimmter Service

Maßnahme: Wirtschaftsfördereinrichtungen stärker vernetzen

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern auf diesem Gebiet dafür sorgen, dass eine enge Abstimmung untereinander stattfindet und die Aufgaben effizient unter den Wirtschaftsfördereinrichtungen Berlins verteilt sind.

Maßnahme: Unternehmensservice erfolgreich fortführen

Die IHK Berlin wird den "Unternehmensservice" weiter unterstützen. Dazu wird die IHK die Transparenz des Serviceangebots für ihre Mitgliedsunternehmen erhöhen und die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie unter Einbindung der Initiative „IHK vor Ort“ und den Branchenkoordinatoren intensivieren.

Finanzierungsinstrumente

Ziel: Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten - Finanzierungssituation für kleine und mittelständische Unternehmen verbessern

Maßnahme: Mittelstandsfinanzierung für KMU sicherstellen

Die IHK wird sich in Abstimmung mit Branchennetzwerken und Unternehmen für angemessene Finanzierungsbedingungen und ein marktgerechtes Angebot an Finanzierungsprodukten einsetzen sowie sich mit dem DIHK bei Stellungnahmen zu Fragen der Finanzmarkt- und Bankenregulierung positionieren.

Maßnahme: Finanzierungsalternativen stärken

Die IHK Berlin wird die Entwicklung der Nachfrage und Bereitstellung von Wagniskapital beobachten und mit den relevanten Stakeholdern Potentiale, Best Practices, Chancen und Risiken analysieren. Gemeinsam mit dem DIHK wird sich die IHK Berlin auf allen politischen Ebenen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagnis- und Beteiligungsfinanzierungen einsetzen, damit diese für neu gegründete und innovative Unternehmen wichtige Finanzierungsform weiter ausgebaut werden kann. Die IHK wird Motivation, Aufklärung und Vernetzung potentieller Business Angels aus etablierter Wirtschaft und Start-up-Unternehmen unterstützen, um privates Venture Capital zu mobilisieren.

Forderung: Steuerliche Rahmenbedingungen für privates Beteiligungskapital verbessern

Um das Wachstum innovativer Unternehmen mit hohem Kapitalbedarf zu stärken und Deutschland für Kapitalgeber attraktiver zu machen, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Investoren verbessert werden. Verbesserungspotenziale gibt es insbesondere bei den restriktiven steuerlichen Regelungen, wie etwa der Einschränkung des Verlustvortrags oder dem Risiko einer Doppelbesteuerung des Investors und des Fonds.

Ziel: Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten

Maßnahme: Mitgliedsunternehmen in Förderausschüssen unterstützen

Die IHK Berlin wird sich als Mitglied in Förderausschüssen des Landes für die optimale Vergabe öffentlicher Fördermittel an die Berliner Wirtschaft im Sinne ihrer Mitgliedsunternehmen einsetzen.

Maßnahme: Wirtschaftsförderung an Bedürfnisse des Mittelstands anpassen - bedarfsgerechte monetäre Wirtschaftsförderung in Berlin

Die IHK Berlin wird eine passgenaue Gestaltung der Förderprogramme in Berlin fordern. Dafür werden die an die Politik und Wirtschaftsförderinstitute übermittelten Handlungsempfehlungen der IHK nachgehalten. Die IHK wird sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung u.a. zu mehr Transparenz und kürzeren Bearbeitungsprozessen führt.

Maßnahme: Finanzielle Barrieren in der Startphase untersuchen

Die IHK Berlin wird die Finanzierungsmöglichkeiten für die Kosten des Lebensunterhalts in der Gründungsphase untersuchen, Möglichkeiten wie eine unkomplizierte Darlehensvariante analog zum BAföG prüfen und damit die Grundlage für eine Entscheidungsfindung schaffen.

Maßnahme: Anpassung der Förderprogramme an gewandelte Unternehmenskultur und neue Geschäftsmodelle

Die Berliner Wirtschaft verändert sich durch Einflussfaktoren wie die Digitalisierung dynamisch. Die IHK Berlin wird sich für eine Überprüfung und Anpassung bestehender Förderprogramme auf die veränderten Geschäftsmodelle und gewandelte Unternehmenskultur einsetzen. Beispielsweise sollte die Vergabe von Fördermitteln nicht auf bereits erprobte Technologien beschränkt werden.

Ziel: Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern

Maßnahme: EU-Strukturfondsmittel effizient einsetzen

Nachdem die, auch unter intensiver Beteiligung der IHK Berlin erstellten, operationellen Programme für die EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2014 - 2020 nunmehr durch die EU-Kommission genehmigt wurden, wird sich die IHK Berlin über den gesamten Verlauf der Förderperiode unter anderem in den entsprechenden Förderausschüssen für einen effizienten Einsatz der EU-Strukturfondsmittel stark machen.

Ziel: Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren

Maßnahme: Regionalpartnerschaft der KfW wahrnehmen

Die IHK Berlin wird ihre Mitgliedsunternehmen bei der Beantragung geförderter Beratungsleistungen unterstützen. Als Regionalpartner der KfW engagiert sich die IHK Berlin beim "Gründercoaching Deutschland", dem "Runden Tisch" und der "Turn-Around-Beratung".

Maßnahme: Unternehmen Wege zu neuen Formen der Unternehmensfinanzierung aufzeigen

Eine umfassende Kenntnis unterschiedlicher Finanzierungsquellen und -produkte ist Grundlage erfolgreicher unternehmerischer Finanzplanung. Die IHK unterstützt ihre Mitglieder mit Informationen und Veranstaltungen zu klassischen Finanzierungsprodukten und modernen Alternativen, die insbesondere auf die Bedürfnisse von Start-ups und schnell wachsenden Unternehmen zugeschnitten sind.

Standortstärken

Ziel: Positive Standortfaktoren Berlins ausbauen und betonen

Maßnahme: Prozess zur Entwicklung einer Zukunftsvision initiieren und führen

Eine gesamtstädtische Vision für Berlin 2030, die partei- und gesellschaftsübergreifend verfolgt wird, gibt es bislang nicht. Die Stadt braucht sie jedoch, wenn sie sich langfristig den globalen - durch Megatrends geprägten - Herausforderungen erfolgreich stellen und weiter wirtschaftlich wachsen will. Für ihre Entwicklung wird die IHK federführend eine Initiative starten, die gemeinsam von Ehren- und Hauptamt getragen wird und die die Expertise von Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft Kultur und Zivilgesellschaft einbezieht. Der Prozess wird durch eine von der IHK beauftragte Institution wissenschaftlich begleitet.

Maßnahme: Stärken des Standorts Berlin kommunizieren

Die IHK Berlin wird in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen Standortanalysen durchführen und auswerten, um daraus eigene Vorschläge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes zu entwickeln. Damit wird die IHK Berlin auch dazu beitragen, dass die Hauptstadt noch besser als attraktiver Standort für Unternehmen und Fachkräfte positioniert werden kann.

Ziel: Wirtschaftliche Entwicklung Berlins beobachten und darstellen
--

Maßnahme: Zahlen, Daten, Fakten bereitstellen

Die IHK Berlin wird Zahlen, Daten und Fakten zum Wirtschaftsstandort Berlin bereitstellen. Insbesondere trägt die IHK dabei zur Fundierung der wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsfindung bei, indem sie die wichtigsten Eckdaten über den Wirtschaftsstandort Berlin in der Broschüre „Berliner Wirtschaft in Zahlen“ veröffentlicht, die Zusammenarbeit mit Datenlieferanten (z. B. Amt für Statistik Berlin Brandenburg) weiter vertieft sowie eine regelmäßig erscheinende Übersicht „Berlin im Blick“ herausgibt. Dieses Format vermittelt gebündelt und übersichtlich Stand und Entwicklung der wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen in Berlin.

Maßnahme: Konjunktorentwicklung beobachten

Die IHK wird die konjunkturelle Entwicklung weiter beobachten und die Analysequalität weiter verbessern. Dazu wird die IHK z. B. auf der Grundlage einer repräsentativen Mitgliederbefragung mehrmals jährlich die Konjunktumfrage durchführen, auch künftig die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern fortsetzen und weiter verbessern sowie die Repräsentativität der Konjunktumfrage steigern. Die IHK wird geeignete Instrumente entwickeln oder beschaffen, die Nutzbarkeit der Ergebnisse für die an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen und Branchen erhöhen, eine realitätsnahe Analyse der Berliner Wirtschaftscluster und einzelner Wirtschaftsbereiche mit quantitativ belastbaren Aussagen anstreben und die aktuelle Konjunktorentwicklungen in Berlin und Deutschland kontinuierlich beobachten, um daraus wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen
--

Maßnahme: Existenzgründer fördern

Unternehmensgründer erhalten im Starter Center der IHK Berlin per Telefon, E-Mail und im persönlichen Gespräch erste Informationen zu den allgemeinen Schritten der Gründung und zum Businessplan. Die Angebote sollen zielgruppenspezifisch weiterentwickelt werden, indem u.a. verstärkt Online-Kanäle für die Kommunikation genutzt und die branchenspezifischen Inhalte zur Gründung optimiert werden.

Maßnahme: Gründungsförderung durch Stellungnahmen unterstützen

Die IHK Berlin unterstützt aktiv Gründungsvorhaben und gibt gegenüber diversen Förderinstitutionen, wie der Agentur für Arbeit, der KfW oder dem JobCenter Einschätzungen zu Gründungsvorhaben ab. Darüber hinaus ist die IHK Berlin Mitglied in Fördergremien, die über die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln für die Berliner Gründer beraten.

Maßnahme: Gründungsnetzwerk Berlin stärken

Die IHK Berlin treibt die strategische Weiterentwicklung der Portale „gruenden-in-berlin.de“ und „gruendungswerkstatt-berlin-brandenburg.de“ durch die Teilnahme an Netzwerktreffen und Steuerungskreisen voran. Zudem werden die Portale u.a. durch die IHK redaktionell betreut und zum Teil inhaltlich verantwortet, sodass auch auf praktischer Ebene Ideen für Neuerungen erarbeitet werden.

Maßnahme: Informationsangebot für neue Mitgliedsunternehmen verbessern

Auf Grundlage aktueller Analysen zum Markenkern der IHK werden die Neumitglieder zukünftig noch zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter angesprochen. Hierbei wird insbesondere die Optimierung der digitalen Kommunikation im Fokus stehen.

Maßnahme: Unternehmer von Morgen unterstützen

Mit dem Projekt „Ich mach mich selbstständig!“ (IMMS) engagiert sich die IHK für ein positives Image des Unternehmertums an Schulen. Berliner Unternehmer stellen sich den Schülern vor und machen Unternehmertum „anfassbar“. Gleichmaßen wird den Schülern Selbstständigkeit als Alternative zum Angestelltendasein frühzeitig nahegebracht. Die Arbeit im Berliner Netzwerk "Unternehmergeist macht Schule" soll verstärkt werden.

Maßnahme: Informationsangebote für internationale Gründer ausbauen

Das Starter Center der IHK Berlin bietet internationalen Gründern bereits jetzt schriftliche und persönliche/telefonische Erstinformationen in englischer Sprache. Aufgrund der steigenden Nachfrage werden die englischsprachigen Angebote im Starter Center ausgebaut und auf die Bedürfnisse der internationalen Gründer zugeschnitten.

Maßnahme: Start-ups als wichtige Zielgruppe unterstützen

Die IHK Berlin wird weitere Maßnahmen erarbeiten, wie festgestellte Lücken bei Rahmenbedingungen und Angeboten für Start-ups zu schließen sind. Dies geschieht gemeinsam mit relevanten Akteuren, um Kräfte zu bündeln, Parallelangebote zu vermeiden und die Schlagkraft zu erhöhen.

Maßnahme: Partnering Start-ups und etablierte Wirtschaft stärken

Die Berliner Start-up-Wirtschaft wächst. Die IHK Berlin wird sich für einen verstärkten Austausch zwischen etablierter und junger Wirtschaft einsetzen. Dazu gehört zum einen die Professionalisierung der Gründer. Zum anderen ist ein Maß an Sensibilisierung wichtig, um die etablierte Wirtschaft verstärkt an die junge Unternehmenskultur und die neuen Produkte heranzuführen und so für beide Seiten die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu optimieren.

Maßnahme: Beteiligung der IHK Berlin an der Start-up Unit

Die IHK Berlin ist Mitglied der Core Group der Start-up-Unit Berlin. Das Gremium führt die Start-up-Akteure der IBB, der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, der Senatskanzlei sowie der IHK Berlin zusammen. Die IHK Berlin übernimmt innerhalb der Coregroup die Federführung für die Initiative "Welcome to Berlin!", eine zentrale Aufgabe, um Berlin zur Start-up-Metropole in Europa zu machen.

Maßnahme: Aus- und Weiterbildungsangebote mit Start-ups neu entwickeln

Die IHK wird auf Basis der 2014 erfolgten Umfrage unter Start-ups die entwickelten Ansätze zur Durchführung betrieblicher Ausbildungsgänge in Start-up-Unternehmen weiterentwickeln. Gleiches gilt für die Schaffung unternehmens- und branchenspezifischer Weiterbildungsangebote. Es gilt dabei auch, Modi zu finden, Start-ups bereits in einem früheren Stadium für das Thema Ausbildung im Rahmen der Fachkräftesicherung zu sensibilisieren, Hürden abzubauen und notwendige Bedingungen zur Ausbildung innerhalb der Unternehmen zu schaffen.

Maßnahme: Unternehmen bei der Nachfolgeregelung unterstützen

Die IHK Berlin wird inhabergeführte Mitgliedsunternehmen für eine frühzeitige Nachfolgeregelung sensibilisieren und Entscheidungshilfen, vor allem für unvorhergesehene Unternehmensnachfolgen, an die Hand geben. Durch regelmäßige Publikationen will die IHK Berlin kleine und größere Mittelständler anregen, sich mit dem Thema im Rahmen der Unternehmenssicherung über einen Generationswechsel hinaus zu beschäftigen.

Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen und positionieren
--

Maßnahme: Sport als Wirtschaftsfaktor begreifen und fördern

Die IHK wird sich weiterhin für die verbesserte Zusammenarbeit von Sport, Verwaltung und Wirtschaft einsetzen, u.a. über den Expertenkreis "Sport und Wirtschaft" als zentralen Ansprechpartner für Politik, Senat und Verwaltung. Zugleich wird die IHK auf eine stärkere Berücksichtigung des Sports im Hauptstadtmarketing und in der touristischen Vermarktung drängen und sich für eine Weiterentwicklung und bessere Wahrnehmbarkeit der Initiative „Sportmetropole Berlin“ einsetzen. Das Sommerfest der Sportmetropole Berlin ist dafür ein geeignetes Instrument und soll auch in 2015 als Mitveranstalter wieder durchgeführt werden.

Maßnahme: Wirtschaftsfaktor Sport promoten

Die IHK wird weiterhin für den Wirtschaftsfaktor Sport werben. Dazu wird ein neuer Anlauf einer Veranstaltung genommen werden, in der die wirtschaftliche Win-Win-Situation von Wirtschaft und Sport beim Sponsoring stehen soll.

Maßnahme: Olympiabewerbung Berlins unterstützen

Die IHK Berlin wird die Aktivitäten des Landes Berlin zur Interessenbekundung, um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele 2024 oder 2028 unterstützen und im Falle einer Entscheidung des DOSB für Berlin eine koordinierende Rolle für die Berliner Wirtschaft im Rahmen einer Berliner Bewerbung übernehmen.

Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen
--

Maßnahme: Tourismuskonzept des Senats evaluieren und Umsetzung begleiten

Die IHK Berlin wird in einem Arbeitskreis zukunftsrelevante und branchenübergreifende Themen analysieren und dem IHK-Tourismusausschuss vorstellen sowie Vorschläge für die Nachjustierung des Tourismuskonzepts erarbeiten.

Maßnahme: Touristische Netzwerke aufbauen und stützen

Die IHK Berlin wird den Austausch zwischen den Unternehmen der Branche und Politik sowie Verwaltung durch den Tourismusausschuss und Veranstaltungen fördern und vorhandene Netzwerkaktivitäten wie den Runden Tisch Tourismus, den Tag des Tourismus, den IHK-Arbeitskreis Tourismus und Handel sowie die Initiative „Service in the City“ unterstützen.

Maßnahme: Branchenspezifische Trends aufzeigen

Die IHK wird über verschiedene Kommunikationswege (Veranstaltungen, Berliner Wirtschaft, Newsletter) über Trends und Entwicklungen im Tourismus und Handel informieren.

Maßnahme: Vernetzung von Handel und Tourismus stärken

Die IHK wird den Bezug und Verkauf von regionalen Produkten sowie regionaltypische Tourismusangebote durch eine jährliche Veranstaltung ("Regionale Produktbörse") in der Wahrnehmung der Branchen stärken und die Vernetzung fördern.

Maßnahme: Attraktivität Berlins für Gäste fördern

Die IHK Berlin wird u.a. im Rahmen der Initiative "Service in the City" besonders die Kriterien Serviceorientierung, Sauberkeit, Sicherheit und Internationalität durch aktive Mitarbeit unterstützen. Zudem wird die IHK die Kooperation mit der Initiative "ServiceQualität Deutschland" in Berlin fortführen und das Angebot bei der Kommunikation unterstützen.

Maßnahme: Studie Wirtschaftsfaktor Wassertourismus veröffentlichen

Der Berlin-Tourismus auf und am Wasser ist ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt. Gleichzeitig befindet sich Berlin in Europas größtem Binnen-Wassersport-Gebiet. Zusammen mit den IHKs aus Brandenburg führt die IHK Berlin eine Studie durch, um zur Ansprache an Politik und Verwaltung belastbares Zahlenmaterial zum wirtschaftlichen Effekt des Wassertourismus zu erhalten. Die finalen Ergebnisse sollen im März 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Standortmarketing

Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren

Maßnahme: Business Welcome Services (BWS) ausbauen

Der Business Welcome Service dient als erste Anlaufstelle für alle ausländischen Gründer, Start-ups sowie für Fach- und Führungskräfte in Berlin. Begleitet wird er durch umfangreiche Marketingmaßnahmen: in Berlin bei den Unternehmen mit Fachkräftebedarf, auf Messen, in Hochschulen und international bei Botschaften und AHKs.

Ziel: Für Corporate Social Responsibility (CSR) als erfolgreiche Managementmethode werben

Maßnahme: Den Begriff des Ehrbaren Kaufmanns mit Leben füllen

Die IHK Berlin wird darauf hinwirken, den Begriff des "Ehrbaren Kaufmannes" stärker mit dem Engagement in Corporate Social Responsibility (CSR) zu verknüpfen und als Erfolgskonzept für kleine und mittlere Unternehmen darzustellen.

Maßnahme: Über erfolgreiche Umsetzung von Corporate Social Responsibility (CSR) informieren

Die IHK Berlin wird verstärkt über verschiedene Kommunikationswege gute Beispiele der Umsetzung von Corporate Social Responsibility (CSR) darstellen und verbreiten.

Maßnahme: Austausch zu Corporate Social Responsibility (CSR) unterstützen

Die IHK Berlin wird die Netzwerkarbeit zu Corporate Social Responsibility (CSR) weiter verstärken und dafür Veranstaltungsformate wie das IHK CSR-Forum Berlin sowie den Berliner CSR-Tag weiter entwickeln und vermarkten.

Aktionsfeld: Infrastruktur

Vision: Berlin hat das modernste städtische Herz-Kreislauf-System

Berlin verkörpert gleichzeitig Wachstum und Lebensqualität und stärkt seine Position als Drehkreuz in Europa. Die Stadt ist geprägt von einer gemeinsamen Planungskultur von Bürgern, Unternehmern, Politikern und Beamten. Berlins Infrastruktur sichert eine verlässliche und preiswerte Versorgung mit Energie, Wasser, Medien, Daten und Waren. Die Stadt ist hervorragend erreichbar und geprägt durch kurze Wege, effiziente Mobilitätsangebote und moderne Kultur- und Bildungsinfrastruktur. Berlin und Brandenburg sind ein Bundesland.

Ziele im Überblick:

- Ziel: Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern
- Ziel: Standortkooperationen fördern
- Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern
- Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen
- Ziel: Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren
- Ziel: Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden - öffentlich-private Kooperationen im Städtebau stärken
- Ziel: Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen
- Ziel: Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren
- Ziel: Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen
- Ziel: Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern
- Ziel: Vermeidung von Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzungen

Ziel: Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern
--

Maßnahme: Weiterentwicklung des Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes mitgestalten

Die IHK wird bei der Weiterentwicklung des Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes dafür eintreten, die Verbindungsstrecken zwischen Gewerbegebieten und Autobahnen als prioritäres Netz „Rote Lebensadern“ für Lkw-Anbindung mit ausreichenden Radien, ohne Verkehrsberuhigung und Temporeduzierung zu kartieren, zu erhalten und weiterzuentwickeln

Maßnahme: Routennetz für Schwerlasttransporte voranbringen

Die IHK hat gemeinsam mit Unternehmen ein Routennetz für Großraum- und Schwerlasttransporte entwickelt und wird dies gemeinsam mit der Verwaltung voranbringen. Bei der Koordinierung von Baumaßnahmen sollen diese definierten Routen Priorität genießen.

Forderung: Maßnahmenkonzepte für Gewerbegebiete aufstellen

Die IHK Berlin fordert eine konzeptionelle und standortkonkrete Neuaufstellung zur Förderung der Infrastruktur von Gewerbegebieten.

Ziel: Standortkooperationen fördern

Maßnahme: MittendrIn Berlin - Wettbewerbsergebnisse umsetzen

Mit der PPP MittendrIn Berlin werden Standortkooperationen vor allem in Geschäftsstraßen und Stadtzentren befähigt, Events und Initiativen zu entwickeln, die sie unverwechselbar machen und eine besondere Attraktivität verleihen. Die IHK Berlin wird diese erfolgreiche Zentreninitiative weiterführen und weiterentwickeln. Die Projekte der 2014 gestarteten siebten Wettbewerbsrunde werden umgesetzt.

Maßnahme: City-, Geschäftsstraßen- und Regionalmanagements unterstützen

Die IHK Berlin wird City- und Geschäftsstraßenkooperationen sowie Regionalmanagements z. B. in Berlin SüdWest, der City West oder Schöneweide, mit ihrem Know-how und ihren Serviceleistungen begleiten und den Gedanken der Vernetzung sowie der kooperativen Stadtentwicklung befördern.

Maßnahme: Geschäftsstraßeninitiativen fördern

Die IHK wird die Berliner Geschäftsstraßen intensiv betreuen, das Geschäftsstraßenforum auch in 2015 durchführen, Hilfe bei Neugründungen von Interessengemeinschaften geben sowie an wichtigen Treffen der Arbeitsgemeinschaften in den Bezirken teilnehmen.

Maßnahme: Grenzüberschreitende Standortkooperationen fördern

Die IHK Berlin wird grenzüberschreitende Kooperations- und Austauschangebote für Unternehmen organisieren und die Interessen gegenüber öffentlichen Institutionen und der Europäischen Kommission vertreten. Hierzu gehören vor allem Projekte der Nord-Süd-Initiative im Skandinavisch-Adriatischen Korridorraum sowie Projekte der Kammerunion Elbe-Oder.

Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern

Maßnahme: Denkmalschutz wirtschaftsfreundlich gestalten

Die IHK Berlin wird darauf hinwirken, dass die dreistufige Verwaltung im Denkmalschutz reduziert und die Belange der Wirtschaft in der Verwaltung stärker berücksichtigt werden.

Maßnahme: Online-Gewerbemietenservice weiter ausbauen

Der Gewerbemietenservice soll in 2015 um weitere Features, wie verbessertes Kartenmaterial, App und eine laufende Aktualisierung erweitert werden.

Forderung: Weiterentwicklung der Berliner Liegenschaftspolitik

Die IHK Berlin befürwortet einen breiten Mix an Methoden beim Umgang mit vom Staat nicht mehr benötigten Grundstücken, fordert dabei aber eine stärkere Berücksichtigung von wirtschaftlichen Aspekten. Dieser reicht vom reinen Höchstbieterverfahren, über Konzeptvergaben bis hin zum Erbbaurecht. Gleichzeitig müssen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen beschleunigt werden. Bereits identifizierte Grundstücke für Wohnungsbau, industrielle und kreative Nutzungen müssen parallel zum Prozess der Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik schnell in die Vermarktung gegeben werden.

Forderung: Zentrenkonzepte weiterentwickeln

Die IHK Berlin wird fordern, dass die Zentrenkonzepte der Bezirke für den Handel kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Die IHK Berlin wird sich intensiv in den Überarbeitungsprozess einbringen.

Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen

Maßnahme: Verkehrsinfrastrukturprojekte promoten

Ein Grundpfeiler für wirtschaftliches Wachstum ist die Verkehrsinfrastruktur, die Wirtschaftsstandorte miteinander verbindet. Die IHK Berlin wird zur Verbesserung des Images von Verkehrsinfrastrukturprojekten wie z.B. die Ortsumfahrung Ahrensfelde oder den 17. Bauabschnitt der A100 - auch mit Kampagnen - beitragen, und so wichtige Ergänzungen der Verkehrsnetze erleichtern.

Maßnahme: Investitionen in Infrastruktur anmahnen

Die IHK Berlin wird mit Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und in Gremien dafür eintreten, dass P&R-Parkplätze, Vorhaben der Straßenerneuerung sowie Erhaltung, Sanierung und Ausbau der Wasserstraßen auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen umgesetzt werden.

Forderung: Verkehrsinfrastruktur Schiene ausbauen

Die IHK fordert die Realisierung prioritärer Maßnahmen und wird sich auf allen Ebenen dafür stark machen. Dazu gehören die Realisierung der Dresdner Bahn für den Airportexpress, die Planung für den Ausbau der Nordbahn und die Verbindungen in Richtung Polen und Osteuropa.

Forderung: Berliner Straßennetz und Straßenanbindung erhalten und ausbauen

Die IHK fordert die Intensivierung der Straßenerhaltung, den Ausbau von P+R-Plätzen und die Umsetzung prioritärer Ausbauprojekte der Straßenverkehrsinfrastruktur, wie A100 (Planung des 17. BA), TVO, Ortsumfahrung Ahrensfelde, Autobahnanschluss Buch.

Forderung: Touristische Infrastruktur verbessern

Die Berliner Infrastruktur wird an vielen Stellen den enormen Wachstumsraten im Tourismus weiterhin nicht gerecht. Die IHK fordert daher die weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur. Dazu gehören u.a. alle Verkehrswege (Wasser, Straße und Schiene) sowie die zugehörigen Wegweisungen und Anlege-, Park- und Haltemöglichkeiten. Dabei wird besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit und Familienfreundlichkeit der Infrastruktur gelegt.

Ziel: Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren

Maßnahme: Berliner Handlungsleitfaden Baustellenkommunikation

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den Leitungs- und Verkehrsbetrieben sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in einem Pilotprojekt den Berliner Handlungsleitfaden „Baustellenkommunikation“ anwenden.

Maßnahme: Steuerungskreis Verkehrsorganisation und Verkehrslenkung fortführen

Die IHK wird gemeinsam mit den Verkehrs- und Leitungsbetrieben den Steuerungskreis Verkehrsorganisation und Verkehrslenkung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung begleiten. Es sollen gemeinsame Lösungen erarbeitet werden, um die Planung, Umsetzung und Kommunikation rund um Baumaßnahmen zu verbessern.

Maßnahme: Unternehmensinteressen bei Baumaßnahmen in der historischen Mitte vertreten

Die IHK Berlin wird sich in der historischen Mitte (z.B. U5, Humboldtforum und Museumsinsel) dafür einsetzen, dass Ausweichstrecken erhalten bzw. neu eingerichtet werden und die Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden, z. B. im Nikolaiviertel, minimiert werden.

Maßnahme: Von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen unterstützen

Die IHK Berlin wird negative Auswirkungen von notwendigen Baumaßnahmen minimieren, indem sie betroffene Unternehmen frühzeitig informiert, aus der Planung resultierende Probleme eruiert, wichtige Verfahren in den IHK-Arbeitskreisen diskutiert und sich im „Ausschuss für Räumungsbetroffene“ für die Auszahlung von Überbrückungshilfen an existenzbedrohte Unternehmen einsetzt.

<p>Ziel: Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden - öffentlich-private Kooperationen im Städtebau stärken</p>
--

Maßnahme: Stadtprägende Standorte wirtschaftsfreundlich entwickeln

Die IHK Berlin wird dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Wirtschaft bei der Entwicklung von herausragenden stadtprägenden Standorten, etwa in Tegel, Heidestraße, Berlin-Buch oder der City West, gewahrt werden. Dazu wird die IHK Planung, Bau und Nutzung der Standorte aktiv begleiten und Möglichkeiten der Einbindung der Unternehmen fördern und nutzen. Eine besondere Rolle nehmen dabei die sogenannten Zukunftsorte mit Clusterbezug ein. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb und die Nutzung prägender Gebäude wie dem Humboldt-Forum, dem ICC oder der künftigen Zentral- und Landesbibliothek wird ein Schwerpunkt auf der Nutzungsart sowie dem ökonomischen Betrieb, z.B. in Form von PPP-Modellen liegen.

Maßnahme: Attraktive Stadt- und Ortsteilzentren fördern

Die IHK Berlin wird sich für attraktive Stadt- und Ortsteilzentren einsetzen und Unterstützung für Standortkooperationen anbieten, beispielsweise mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen vor Ort, branchenspezifischen Newslettern und buchbaren Beratungsangeboten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der stärkeren Einbeziehung von Gewerbetreibenden in neuen Fördergebieten des Programms Aktive Zentren und Städtebaulicher Denkmalschutz.

Maßnahme: Spezielle Angebote für Standortkooperationen

Die IHK Berlin wird sich für attraktive Gewerbegebiete und städtische Zentren einsetzen und ein spezielles Beratungsangebot zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten von Standortkooperationen aller Branchen anbieten.

Forderung: Begleitendes Gremium zur Städtebauförderung fordern

Die IHK Berlin wird die Einrichtung eines neuen Begleitgremiums fordern, damit die Wirtschaft künftig früher, intensiver und verbindlicher in Förderentscheidungen des Städtebaus, etwa bei der GRW-Infrastrukturförderung, einbezogen wird.

Ziel: Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen

Maßnahme: Unterstützung für den Wohnungsneubau in Berlin

Die IHK Berlin unterstützt das Anliegen des öffentlichen und privaten Wohnungsneubaus auf breiter Front, um attraktives und bezahlbares Wohnen in Berlin zu sichern. Sie erkennt die Notwendigkeit eines beschleunigten Wohnungsneubaus in Berlin an und wird für ein positives Neubauklima werben. Sie wird sich an Dialog- und Partizipationsprozessen beteiligen.

Forderung: Baugenehmigungs- und B-Planverfahren beschleunigen

Die Bauverwaltung hat quantitativ ausreichend Personal bekommen, allerdings überwiegend in Form von befristeten Verträgen und nicht hinreichend qualifiziert. Die IHK Berlin wird 2015 evaluieren, inwieweit die angekündigte Beschleunigung von Baugenehmigungs- und B-Planverfahren aufgrund der Personalaufstockung stattfindet.

Ziel: Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren

Maßnahme: Bauleitplanung im Interesse der Wirtschaft begleiten

Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange weiterhin erfolgreich vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Dazu gehört z. B. zu allen Verfahren der Bauleitplanung fundierte Stellung zu nehmen, interessierte Unternehmen über jährlich ca. 150 laufende Verfahren zur Bauleitplanung und weitere standortbeeinflussende Planungen auf der IHK-Internetseite zu informieren. Betroffene Unternehmen werden mit Hilfe eines geographischen Informationssystems einbezogen und informiert, die aus den Planungen resultierenden absehbaren Probleme aufgezeigt, wichtige laufende Verfahren mit dem IHK-Arbeitskreis diskutiert.

Maßnahme: Beteiligungsangebot zu Planungsprozessen ausbauen

Die IHK Berlin wird ihr geographisches Informationssystem weiterentwickeln und für eine intensivere und frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Unternehmen in Verfahren der Bauleitplanung nutzen. Darüber hinaus wird die IHK Berlin das Online-Informationsangebot zu allen laufenden Planungsprozessen verbessern, Beteiligungsmöglichkeiten für Unternehmen anbieten und einen neuen Beratungsservice anbieten.

Forderung: Moderne Kommunikationskanäle für die Beteiligung nutzen

Die IHK Berlin wird fordern, dass während der gesamten Dauer von Planungsprozessen maximale Transparenz durch umfangreiche Informationsangebote hergestellt wird. Dadurch soll allen Interessierten Zugang zum aktuellen Stand der Planung ermöglicht werden. Bisherige und noch ausstehende Partizipationsmöglichkeiten müssen transparent dargestellt werden. Durch den Einsatz neuer und moderner Kommunikationskanäle im Internet kann die Verwaltung dies effizient leisten.

Forderung: Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung einrichten

Die IHK Berlin wird die Einrichtung einer neuen Koordinierungsstelle für Planungsbeteiligung und Partizipation fordern, die als zentrale Instanz bzw. Gremium größere Entwicklungsprojekte der öffentlichen Hand und privater Unternehmen begleiten soll. Die vorliegenden Ergebnisse des entsprechenden IHK-Arbeitskreises sollen im Austausch mit der Verwaltung umgesetzt werden.

Ziel: Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen

Maßnahme: Industrie als Eckpfeiler der Stadt der Zukunft etablieren

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, die digitalisierte Produktion (Industrie 4.0) als einen Bestandteil der Smart City Berlin in allen Strategien zu diesem Thema, insbesondere im Masterplan Smart City Berlin zu verankern.

Maßnahme: Berlin TXL Urban Tech Republic unterstützen

Die IHK wird die Berlin TXL Urban Tech Republic und weitere Ansätze unterstützen, die in Zusammenarbeit mit den Berliner Wissenschaftseinrichtungen neue Produkte auf den Gebieten Mobilität, Energie, Recycling und Kommunikation für die Stadt von morgen entwickeln und sich auf diese Weise neue Märkte in Wachstumsbereichen der Zukunft erschließen. Die IHK Berlin wird dabei insbesondere Lösungen, die von Berliner Unternehmen entwickelt wurden, in den Fokus rücken. Es gilt, den gemeinsam verabschiedeten Masterplan so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen.

Maßnahme: Schaufenster Elektromobilität erfolgreich umsetzen

Die IHK Berlin wird die Umsetzung der Projekte des Programms Schaufenster Elektromobilität aktiv begleiten und ihre Mitglieder über aktuelle Angebote informieren.

Forderung: Berlin als Smart City voranbringen

Berlins Infrastruktur muss als Smart City Vorreiter einer verlässlichen und preiswerten Versorgung mit Energie, Wasser, Medien, Daten und Waren und von effizienten Mobilitätsangeboten sein. Die IHK Berlin fordert eine abgestimmte Definition einer Smart City Berlin und eine gesamthafte und stringente Prozesssteuerung durch die Politik unter starker, partnerschaftlicher Einbeziehung der relevanten Unternehmen und der Wissenschaft.

Ziel: Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern

Maßnahme: Anstrengungen für innovative Mobilitätskonzepte in Berlin verstärken

Die IHK Berlin wird neue Ideen für die Personen- und die Warenmobilität mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis diskutieren und Kriterien für ihre Umsetzbarkeit in Berlin herausarbeiten.

Maßnahme: Neue Mobilitätskonzepte unterstützen

Die IHK wird in ihren Ausschüssen und Arbeitskreisen Lösungen für die Integration neuer Konzepte wie Elektrofahrzeuge, Pedelecs, Segways, Car- und Bike-Sharing-Stationen diskutieren und konstruktiv an Konzepten des Senats und der Bezirke mitarbeiten.

Maßnahme: ÖPNV attraktiver machen

Die IHK Berlin wird Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Berliner ÖPNV-Angebotes diskutieren, weil es ein wesentliches Element der Attraktivität Berlins für Bewohner, Besucher und auch Unternehmen ist.

Maßnahme: Verkehrsfunktionen auf Plätzen und Straßen erhalten und weiterentwickeln

Die IHK Berlin will mit den jeweiligen Anrainern, Politik und Verwaltung erreichen, dass auf Plätzen und Straßen, die eine wichtige Funktion im Stadtgefüge einnehmen, diese erhalten und weiterentwickelt werden. So bietet es sich z.B. an, den Hardenberg Platz zu einer der modernsten Mobilitätsdrehscheiben auszubauen.

Maßnahme: Straßenraumgestaltung eng begleiten

Die IHK wird in Planungs- und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen, von der Landes- über die Bezirks- bis in die Detailplanung, etwa bei der Umsetzung der drei Pilotprojekte Begegnungszone und Umgestaltung von Straßen und Plätzen, Wirtschaftsinteressen vertreten.

Maßnahme: Reisebusfreundlichkeit Berlins stärken

Die IHK Berlin wird auf Basis einer Analyse der gestiegenen Nachfrage nach Reisebusinfrastruktur detaillierte Forderungen für die Ausweisung zusätzlicher Halte- und Parkmöglichkeiten für Reisebusse an Senat und Bezirke richten. Zudem wird die IHK Berlin gemeinsam mit visitBerlin den BusStop-Faltplan überarbeiten.

Maßnahme: Initiative zu Fahrrad und Handel anstoßen

Die IHK wird Wege aufzeigen, wie die Fahrradfreundlichkeit in Geschäftsstraßen erhöht und damit ein positives Image erreicht werden kann.

Maßnahme: Fortführung des Wettbewerbs "Schlau aus dem Stau" beginnen

Die IHK setzt den in 2014 erstmals erfolgreich durchgeführten Wettbewerb "Schlau aus dem Stau" fort. Hier werden Berliner Unternehmen ihre Vorschläge für Problemlösungen an den neuralgischen Punkten einreichen können, die dann in Kooperation mit der Verkehrsverwaltung geprüft und im Erfolgsfall auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Vorschläge aus dem abgelaufenen Wettbewerb werden nachgehalten.

Forderung: Kapazitäten für Fernbushalteplätze in Berlin bereitstellen

Der Fernbusverkehr nach Berlin entwickelt sich sprunghaft. Die IHK wird auf den schrittweisen Ausbau des ZOB drängen und sich für weitere dezentrale Linienhaltestellen an Verkehrsknotenpunkten einsetzen.

Ziel: Vermeidung von Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzungen

Maßnahme: Konfliktfreie Nachbarschaft von unterschiedlichen Nutzern promoten

Die IHK Berlin wird die Ergebnisse ihres Gutachtens „Nutzungskonflikte“, das u.a. die Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Nutzungen Wohnen, Industrie und Kreativwirtschaft untersucht hat, der Öffentlichkeit vorstellen und Pilotprojekte anschieben.

Aktionsfeld: Haushalt und Wettbewerb

Vision: Berlin kann sich Investitionen in die Zukunft leisten

Berlin finanziert – ohne neue Schulden – aus dem laufenden Haushalt seine Kernaufgaben und hat Spielräume für Investitionen. Trotzdem sind Steuern und Abgaben im nationalen und internationalen Vergleich niedrig. Einnahmesteigerungen durch die prosperierende Berliner Wirtschaft steht eine Ausgabenpolitik gegenüber, die der Verantwortung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes gerecht wird. Die Investitionsquote ist daher bundesweit Spitze. Die Staatsquote ist niedrig und eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand findet im Kernbereich der Daseinsvorsorge statt. Deswegen leisten die Unternehmen auch gern ihren Beitrag zur Sicherung der Zukunft ihrer Stadt.

Ziele im Überblick

- Ziel: Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen
- Ziel: Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern)
- Ziel: Gewerbesteuerbelastung senken
- Ziel: Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren
- Ziel: Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben
- Ziel: Steuerpraxis vereinfachen
- Ziel: Verstaatlichungen verhindern
- Ziel: Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen, wo Wettbewerb (noch) existiert
- Ziel: Marktwirtschaftliche Prinzipien stärken

Ziel: Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen
--

Maßnahme: Debatte um den Länderfinanzausgleich beeinflussen

Die IHK Berlin wird sich in der Diskussion um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs dafür einsetzen, dass die im Grundgesetz vorgegebene bundesstaatliche Solidarität erhalten und Berlin in der Lage bleibt, seine staatlichen Aufgaben zu finanzieren. Dafür wird sie sich insbesondere für einen Erhalt der Einwohnergewichtung und für stärkere Anreize zur Verbesserung der eigenen Wirtschaftskraft einsetzen.

Forderung: Umsetzung der IHK-Vorschläge zur Haushaltsentlastung einfordern

Die IHK wird weiterhin auf die Umsetzung ihrer Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung aus dem Positionspapier "Berliner Haushaltspolitik 2020" hinwirken und dabei insbesondere die Einsparmöglichkeiten auf der Ausgabenseite herausstellen.

Forderung: Aufstellung eines ausgeglichenen Haushalts 2016 begleiten

Die IHK Berlin wird das vom Senat gesetzte Ziel der Aufstellung eines ausgeglichenen Berliner Haushalts in 2016 einfordern und die dafür maßgebliche Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017 kritisch begleiten.

Forderung: Steuervollzug gewährleisten

Die IHK Berlin wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Steuervollzug im Land Berlin sichergestellt und transparent ausgestaltet ist. Sofern dafür Personalanpassungen in der Finanzverwaltung notwendig sind, müssen diese vorgenommen werden.

Ziel: Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern)

Maßnahme: Vergaberecht entbürokratisieren

Die IHK Berlin wird sich bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen für unbürokratische Verfahren einsetzen. Dazu wird die IHK auch eigene Verbesserungsvorschläge, u.U. gemeinsam mit Bündnispartnern, einbringen, vertreten und andere geeignete Vorschläge unterstützen.

Forderung: Vergaberecht und Vergabeverfahren mittelstandsfreundlich ausgestalten

Die IHK wird sich weiterhin für eine Ausgestaltung des Vergaberechts einsetzen, bei der Transparenz, Mittelstandsfreundlichkeit, Wettbewerb und Leistungsfähigkeit im Vordergrund stehen. Dazu wird die IHK u.a. die wirtschaftsschädliche Wirkung von weiteren vergabefremden Kriterien aufzeigen und eine wirtschaftsfördernde, unbürokratische Umsetzung des Berliner Vergaberechts einfordern. Zugleich wird die IHK weiter für die Vorteile von Präqualifizierungen werben.

Ziel: Gewerbesteuerbelastung senken

Maßnahme: Gewerbesteuerinitiative der IHK fortführen

Die IHK Berlin wird sich weiterhin dafür stark machen, dass an der Stellschraube des Gewerbesteuerhebesatzes in Berlin nicht zu Lasten der gewerblichen Wirtschaft gedreht wird. Dafür wird die IHK Berlin u.a. eine Aktualisierung des IHK-Positionspapiers „Gewerbesteuer als Standortfaktor“ aus dem Jahr 2011 vornehmen und bei Bedarf in die öffentliche Diskussion einbringen.

Maßnahme: Reform der Gemeindefinanzen beobachten

Die IHK wird die Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen begleiten. Sofern in diesem Zusammenhang die Diskussion zu einer Reform der Gemeindefinanzen erneut aufkommt, wird sie dazu eigene Forderungen - auch über den DIHK - einbringen.

Ziel: Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren

Forderung: Reform der Grundsteuer einfordern

Die IHK Berlin wird sich bemühen, die derzeit ruhende Diskussion um die Reform der Grundsteuer über den DIHK wieder neu anzufachen.

Ziel: Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben

Maßnahme: Wirtschaftsfreundliche Neuregelung der Erbschaftsteuer begleiten

Die IHK Berlin wird sich im Rahmen der zu erwartenden Neuregelung der Erbschaftsteuer für eine Verschonung des Betriebsvermögens stark machen und über den DIHK eigene Vorschläge einbringen.

Ziel: Steuerpraxis vereinfachen

Maßnahme: Einführung und Umsetzung elektronischer Verfahren begleiten

Bei der Einführung neuer elektronischer Verfahren, wie jüngst bei der elektronischen Aufbewahrung von Unterlagen (GoBD) oder bei der elektronischen Rechnungsstellung, wird sich die IHK Berlin für eine Vereinfachung von Prozessen und gegen einen weiteren Aufbau von Bürokratie stark machen. In der Umsetzung der Verfahren in der Praxis, z.B. bei der derzeitigen Umsetzung von GoBD wird die IHK Berlin Umsetzungsprobleme sammeln und in Gesprächen mit der Berliner Finanzverwaltung nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Maßnahme: Austausch mit der Finanzverwaltung fortsetzen und intensivieren

Die IHK Berlin wird den Austausch mit der Berliner Finanzverwaltung zu lohnsteuerrechtlichen Themen über den AK Lohnsteuer fortführen. Zudem soll in Gesprächen mit der Finanzverwaltung über weitere Themenfelder nachgedacht werden, die im Interesse der Wirtschaft abgestimmt werden sollten. Soweit erforderlich kann auch der Runde Tisch mit der Finanzverwaltung wieder aktiviert werden.

Maßnahme: Mitglieder in Rechts- und Steuerfragen kundenorientiert beraten

Die IHK bietet Mitgliedsunternehmen und Existenzgründern qualifizierte Erstauskünfte und -beratungen zu rechts- und steuerrechtlichen Fragen rund um das Unternehmen (ca. 25.000 Beratungen im Jahr). Dazu gehören auch Publikationen zu rechts- und steuerrechtlichen Fragen sowie individuelle online-Services und Informationsveranstaltungen zu aktuellen Änderungen.

Maßnahme: Verschärfungen durch BEPS-Initiative verhindern

Die IHK Berlin wird in Gesprächen mit der Politik (auch über den DIHK) ihre Forderungen aus dem Positionspapier "BEPS" verdeutlichen und für eine bürokratiearme OECD-Initiative zum Thema eintreten und sich gegen Steuerverschärfungen jenseits missbräuchlicher Steuergestaltung einsetzen.

Forderung: Steuerreformen forcieren

Die IHK wird sich auf allen Ebenen für ein wettbewerbsfähiges und wirtschaftsfreundliches Steuerrecht sowie eine unbürokratische und praxisgerechte Steuerpraxis einsetzen. Dazu wird sich die IHK u.a. für eine Reform der Einkommensteuer unter Beseitigung der kalten Progression und der Herstellung eines gerechteren Tarifsystems einsetzen, die Reform der Umsatzsteuer durch eine moderate, gleichmäßige Besteuerung aller Unternehmen mit wenigen Ausnahmen einfordern. Daneben wird sich die IHK für eine steuerliche Förderung von F&E einsetzen.

Forderung: Betriebsprüfungen zeitnah durchführen

Die IHK Berlin wird in Gesprächen mit der Berliner Finanzverwaltung auf die Veröffentlichung des abgestimmten Leitfadens "Zeitnahe Betriebsprüfung" drängen.

Ziel: Verstaatlichungen verhindern

Maßnahme: Erarbeitung eines Grundsatzpapiers zur Daseinsvorsorge für die gesamte IHK-Organisation

Die IHK wird auf Bundesebene für die Verabschiedung eines DIHK-Grundsatzpapiers zum Thema „Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand“ drängen und sich an der Finalisierung beteiligen.

Forderung: Wettbewerb in der Daseinsvorsorge einfordern

Die IHK Berlin wird die zukunftsfähige und wettbewerbsfördernde Ausgestaltung der Berliner Daseinsvorsorge einfordern, insbesondere die weitere Privatisierung von Landesbeteiligungen außerhalb staatlicher Kernverantwortung.

Forderung: Rekommunalisierungen verhindern

Die IHK wird weiterhin die wirtschaftsschädlichen Auswirkungen von Rekommunalisierungen aufzeigen und entsprechenden politischen Planungen entgegenzutreten.

Forderung: Landesbeteiligungen professionell managen

Die IHK wird die Professionalisierung des Managements der verbleibenden Landesbeteiligungen weiter vorantreiben, die Umsetzung von Vorschlägen zur Effizienzsteigerung einfordern und die Beachtung der Schranken wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand verlangen.

<p>Ziel: Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen, wo Wettbewerb (noch) existiert</p>
--

Forderung: Steuerung der Landesunternehmen verbessern

Die IHK wird sich für eine bessere Steuerung der Landesunternehmen einsetzen, dazu in Gesprächen mit der Politik die Vorgaben von Landeshaushaltsordnung und Betriebsgesetz im Hinblick auf die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand verdeutlichen.

Forderung: Steuerliche Ungleichbehandlung beenden

Die IHK wird weiterhin auf die Aufhebung der steuerlichen Ungleichbehandlung zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft drängen und entsprechende politische Ansätze unterstützen.

Forderung: Transparenz bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen erhöhen

Die IHK unterstützt weiterhin eine Politik, die die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben durch gemischtwirtschaftliche Unternehmen transparenter gestaltet und dort einschränkt, wo fairer Wettbewerb mit privaten Unternehmen verhindert wird.

Forderung: Wettbewerb in der Energiewirtschaft sichern

Die IHK wird weiterhin die Risiken einer Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in Berlin benennen und bei der Konzeption eines Stadtwerks darauf drängen, dass wirkliche Impulse für die Energiewende durch das Unternehmen ausgehen.

Forderung: Wettbewerb in der Abfallwirtschaft sichern

Die IHK wird bei der Entwicklung neuer abfallrechtlicher Rahmenbedingungen auf EU-, Bundes- und Landesebene auf Wettbewerb und funktionierende Marktwirtschaft drängen. So wird die IHK im Bereich der Wertstoffeffassung ein System unter privater Trägerschaft einfordern.

Ziel: Marktwirtschaftliche Prinzipien stärken
--

Forderung: Für unternehmerische Freiheit in wirtschaftsrechtlichen Themen einsetzen

Die IHK Berlin steht für die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft im Wirtschaftsrecht und tritt gegenläufigen politischen Strömungen entgegen. Dazu wird die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung u.a. das IHK-Positionspapier "Für unternehmerische Freiheit in wirtschaftsrechtlichen Themen" als Argumentationsgrundlage nutzen.

Aktionsfeld: Standortfaktor Verwaltung

Vision: Serviceeinheit Berlin – vom Verwalter zum modernen Dienstleister

Die moderne Berliner Verwaltung trägt zum positiven Image der Wirtschaftsregion bei. Durch ihren einstufigen Aufbau agieren die Bezirke einheitlich in der Prozessabwicklung. Die Verwaltungsverfahren sind wirtschaftsfreundlich, effizient und transparent. Erste Anlaufstelle für alle unternehmerischen Belange ist ein „Einheitlicher Ansprechpartner“, der sämtliche Formalitäten auf kurzem Wege begleitet. Gesetze sind unternehmensnah ausgestaltet, Gerichtsverfahren werden schnell und effizient durchgeführt. Die Verwaltung überzeugt durch nachhaltiges und zukunftsorientiertes Personalmanagement.

Ziele im Überblick

Ziel: Aufgabenkritik des Staates vorantreiben

Ziel: Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten

Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen

Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern

Ziel: Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren

Ziel: Online-Angebote der Berliner Ämter weiter ausbauen

Ziel: Personalmanagement professionalisieren

Ziel: Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen

Ziel: Aufgabenkritik des Staates vorantreiben
--

Maßnahme: Aufgabenanalyse in der Verwaltung vornehmen

Die IHK Berlin wird exemplarisch die Aufgaben der Berliner Verwaltung unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten unter die Lupe nehmen und Forderungen zur effizienteren und kostensparenden Organisation der Verwaltung gegenüber der Politik kommunizieren.

Ziel: Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten
--

Maßnahme: Selbstverwaltungsaufgaben unternehmensfreundlich ausführen

Die IHK übernimmt hoheitliche Aufgaben in Selbstverwaltung der Wirtschaft und sorgt für eine unternehmensfreundliche Ausführung. Dazu gehören

- Stellungnahmen (ca. 4.000 im Jahr) zu Handelsregistereinträgen gegenüber dem Handelsregistergericht,
- die Benennung von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen gegenüber Gerichten, Behörden und Unternehmen (ca. 150 im Jahr),
- gutachterliche Stellungnahmen im Rahmen von Gewerbeuntersagungsverfahren (ca. 450 im Jahr),
- die Auswahl und Benennung ehrenamtlicher Handelsrichter gegenüber dem Landgericht Berlin (ca. 20 im Jahr) sowie
- die Durchführung des Erlaubnis- und Registrierungsverfahrens für Versicherungsvermittler und die Registrierung von Finanzanlagevermittlern und Honorarfinanzanlagenberatern.

Maßnahme Gesetzesvorhaben wirtschaftsorientiert begleiten

Die IHK wird politische Vorhaben mit Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft kritisch begleiten und eigene Vorschläge für wirtschafts- und vor allem mittelstandsfreundliche Gesetzesänderungen und Reformvorhaben erarbeiten sowie deren Umsetzung einfordern. Dazu gehört auch die Unterstützung oder Initiierung von Deregulierungsprozessen und die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen funktionierenden, marktwirtschaftlich basierten Wettbewerb.

Maßnahme: Regulierungsmaßnahmen für die Finanzwirtschaft kritisch begleiten

Für den Finanzsektor plant die Regierung weitere Regulierungsschritte, die zum Teil über die von der EU-Kommission verabschiedeten Maßnahmen hinausgehen. Die IHK wird sich in Abstimmung mit Branchennetzwerken und Unternehmen und gemeinsam mit dem DIHK gegen wettbewerbshemmende Alleingänge in Deutschland einsetzen.

Maßnahme: Berechtigte Wirtschaftsinteressen beim Verbraucherschutz berücksichtigen

Unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes werden laufend neue Gesetze geschaffen. Die Politik geht zunehmend vom neuen Maßstab des "schutzbedürftigen Verbrauchers" und immer weniger vom mündigen Verbraucher aus. Die IHK Berlin wird sich gemeinsam mit dem DIHK dafür einsetzen, dass marktwirtschaftliche Prinzipien nicht zu Lasten eines nur vorgeschobenen Verbraucherschutzes eingeeengt werden.

Maßnahme: Verkaufsoffene Sonntage wirtschafts- und kundenfreundlich festsetzen

Dazu wird die IHK Berlin gemeinsam mit Unternehmen, dem Handelsverband Berlin Brandenburg und visitBerlin die verkaufsoffenen Sonntage für das Jahr 2016 abstimmen und gesetzeskonform begründen sowie weiterhin ein Monitoring des Berliner Ladenöffnungsgesetzes durchführen.

Forderung: Wirtschaft frühzeitig in Gesetzgebungsverfahren einbinden

Die IHK Berlin wird sich für eine frühzeitige Einbeziehung durch die Senatsverwaltungen bzw. die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses bei Gesetzgebungsverfahren mit Relevanz für die Berliner Wirtschaft stark machen.

Forderung: Maßvolle Datenschutzvorgaben für Unternehmen einfordern

Die IHK wird die Diskussion um die Vereinheitlichung des Datenschutzes auf europäischer Ebene weiter kritisch begleiten und auf wirtschaftsfreundliche Umsetzung hinwirken.

Forderung: Neue Regelungen beim Berufszugang wirtschaftsfreundlich umsetzen

Die IHK-Organisation sieht die fortwährende Einführung neuer Berufszugangsregeln durch den Gesetzgeber unter dem Gesichtspunkt der Gewerbefreiheit kritisch. Sofern gleichwohl neue Beschränkungen eingeführt und die IHKs mit der Umsetzung betraut werden sollen, wird die IHK Berlin sich dafür einsetzen, dass der Spielraum für die eigenverantwortliche Gestaltung durch die Unternehmen möglichst groß ist. Neue Prüfungen, Registrierungen etc. sollen so unternehmensfreundlich und praxisnah wie möglich umgesetzt werden.

Forderung: ADR-Richtlinie unternehmensfreundlich umsetzen

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Unternehmen freiwillig, aber nicht verpflichtend an der alternativen Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten nach der Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (ADR-Richtlinie) teilnehmen. Sie spricht sich für eine unbürokratische und kostengünstige Umsetzung im Land Berlin aus und befürwortet brancheneigene Schlichtungsstellen auf freiwilliger Basis. Eine eigene Zuständigkeit als Auffangschlichtungsstelle lehnt die IHK Berlin ab.

Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen

Maßnahme: Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung vorlegen

Unter Einbeziehung des Ausschusses Wirtschaftspolitik wird die IHK Berlin Vorschläge für die Zusammenführung von Aufgaben und Strukturen identifizieren und vorschlagen. Die Nutzung digitaler Kommunikation spielt dabei eine zentrale Rolle.

Forderung: Verwaltung wirtschaftsfreundlich gestalten

Die IHK setzt sich für eine schnelle, verlässliche und digitale Verwaltungspraxis ein. Diese ist nicht nur gut für die Unternehmen, sondern lohnt sich angesichts allgegenwärtiger Sparzwänge auch für den Staat.

Forderung: Organisationsstrukturen vereinheitlichen

Die IHK Berlin hat sich für die berlinweite Angleichung der Geschäftsbereiche in den Bezirksämtern eingesetzt und diese gemeinsam mit den Bezirken vorangetrieben. Der nächste Schritt muss nun die Umsetzung einheitlicher Verfahrensregeln bei der Behandlung gleichgelagerter Fälle sein.

Forderung: Klare Entscheidungshierarchien schaffen

Im Rahmen der "Bilanz der Senatsarbeit zur Mitte der Legislaturperiode 2011-2016" wurden klare berlinweite Regelungen eingefordert. Die IHK wird sich auch 2015 dafür einsetzen, dass die Landespolitik - trotz der in der Verfassung vorgesehenen Arbeitsteilung zwischen Senat und Bezirken - nicht resigniert und klare und einfache Zuständigkeitsstrukturen anstrebt.

Forderung: Stärkeren Einsatz von „Shared Services“ fordern

Die IHK Berlin wird auf Landes- und Bezirksebene darauf hinwirken, dass „Shared Services“ (bspw. im Gebäudemanagement, in der Personalverwaltung, in der IT) zentral koordiniert und umgesetzt werden. Das senkt bezirksübergreifend Kosten, sichert eine einheitliche Rechtsanwendung und trägt zur Verbesserung des Service bei.

Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern

Maßnahme: Modernisierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2016“ begleiten

Die Umsetzung des Programms „ServiceStadt Berlin 2016“ wird die IHK verfolgen, bewerten und in Kooperation mit Politik und Verwaltung auf die Weiterentwicklung der festgelegten Ziele hinwirken. Sie wird die Verwaltung bei dem Vorhaben unterstützen, ein positiver Standortfaktor für Berlin zu werden.

Maßnahme: De-Mail einführen

Um den rechtssicheren Geschäftsverkehr auszubauen, wird die IHK die Berliner Unternehmen über die Chancen und Risiken von „De-Mail“ informieren. Zudem wird die IHK die Grundlage dafür schaffen, dass auch zwischen IHK und Unternehmen diese neue Kommunikationsform genutzt werden kann.

Forderung: Nachhaltige Bürokratieentlastung einfordern

Die Bürokratiekostenbelastung für Unternehmen, z.B. durch statistische Informationspflichten muss gesenkt und Verwaltungsprozesse vereinfacht werden. E-Government-Angebote spielen dabei eine wichtige Rolle. Bei der Messung des Bürokratieaufwands sollte der gesamte Erfüllungsaufwand berücksichtigt werden. Dazu wird die IHK weiterhin mit dem Normenkontrollrat zusammenarbeiten und darauf drängen, dass vorhandene Regelungen kritisch geprüft werden.

Forderung: Umsetzung der IHK-Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung fordern

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Vorschläge des Positionspapiers „Berlin braucht eine zukunftsfähige und wirtschaftsfreundliche Verwaltung“, wie z. B. die kritische Prüfung der Verwaltungsstrukturen - gerade auch im Zusammenspiel mit der IT-Steuerung -, und des Aufgabenkatalogs, die Verbesserung elektronischer Angebote und die Bündelung von Unternehmensdienstleistungen von der Berliner Verwaltung umgesetzt werden.

Forderung: Fremdsprachigkeit in der Verwaltung gewährleisten

Zur Willkommenskultur in einer Weltstadt wie Berlin gehören auch ausreichende Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter in der Verwaltung. Die IHK Berlin wird daher darauf drängen, dass das fremdsprachige Angebot der Verwaltung für Gründer und Fachkräfte weiter ausgebaut wird. Nur so können für die Berliner Wirtschaft ausländische Fachkräfte gewonnen und die Gründung und Ansiedlung von Unternehmen in der Stadt unterstützt werden.

Ziel: Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren
--

Maßnahme: Justizverfahren beschleunigen

Die IHK Berlin wird mit dem Kammergericht, dem Landgericht Berlin und den öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen den Einsatz des Sachverständigenbeweises optimieren, um Gerichtsverfahren zu beschleunigen. In gemeinsamen Veranstaltungen werden IHK Berlin, Richter des Landgerichts und Sachverständige bessere und schnellere Wege der Zusammenarbeit erarbeiten. Von der IHK Berlin erarbeitete Checklisten für Richter und Sachverständige sollen Arbeitsabläufe erleichtern und beschleunigen.

Maßnahme: Entlastung der Berliner Gerichte erreichen

Die IHK Berlin wird die außergerichtliche Konfliktbeilegung weiter fördern und dazu u.a. die von ihr initiierte Informationsplattform www.schlichten-in-berlin.de und die Schlichtungsstelle der Berliner Wirtschaft weiter bewerben.

Maßnahme: Stärkung der Marke „Law made in Germany“

Im internationalen Rechtsverkehr wird noch häufig auf das anglo-amerikanische Recht verwiesen. Das deutsche Rechtssystem beinhaltet Vorteile, z.B. in der außergerichtlichen Konfliktbeilegung und im Einsatz von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen, die es noch stärker zu bewerben gilt.

Forderung: Bürgerzentren einrichten

Die IHK Berlin wird beim Senat auf die Etablierung von Bürgerzentren (zentraler Anlaufpunkt für Bürger und Unternehmen vor Ort) drängen.

Ziel: Online-Angebote der Berliner Ämter weiter ausbauen

Maßnahme: Vorschläge für Online-Angebote entwickeln

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit der Handwerkskammer und Unternehmensvertretern an der Weiterentwicklung von Online-Angeboten arbeiten und den zuständigen Senatsverwaltungen Vorschläge für die Einrichtung eines berlinweiten Wirtschaftsportals unterbreiten und zur Diskussion stellen.

Forderung: Berlin soll Vorreiterrolle bei der Digitalisierung einnehmen

Die digitalisierte Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen birgt erhebliches Entlastungspotenzial für die Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin wird daher darauf drängen, dass die Verwaltung medienbruchfreie Unternehmensdienstleistungen über möglichst einheitliche Zugangswege anbietet.

Forderung: Wirtschaft bei Entwicklung von Online-Angeboten einbinden

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Berliner Wirtschaft bei der Entwicklung von wirtschaftsrelevanten Online-Angeboten durch die Verwaltung eingebunden wird, damit Nutzerbedürfnisse, wie Medienbruchfreiheit, Bedienungsfreundlichkeit und Praxisnähe, stärker berücksichtigt werden.

Ziel: Personalmanagement professionalisieren

Forderung: Personalvorstand für Berlin und moderne Führungsinstrumente einsetzen

Die Steuerung der Berliner Verwaltung mit mehr als 100.000 Beschäftigten und deren strategische Planung bedarf eines Gesamtpersonalvorstandes. Zudem müssen moderne Personalführungsinstrumente zur effizienten Steuerung des Personals, wie sie die IHK Berlin im Positionspapier "Personalmanagement 2020" vorgeschlagen hat, verstärkt zur Anwendung kommen. Die IHK wird die politische Einrichtung einer entsprechenden Ressortverantwortlichkeit gegenüber Senat und Abgeordnetenhaus und den Einsatz zeitgemäßer Personalführungsinstrumente weiterhin einfordern und entsprechende Ankündigungen aus dem Abgeordnetenhaus unterstützen.

Forderung: Personalbedarfskonzept einfordern

Die IHK wird die Aufstellung eines strategischen Personalbedarfskonzepts für das Land Berlin weiter kritisch begleiten und ggf. abweichende / ergänzende Vorschläge zum Konzept unterbreiten. Dabei wird sie insbesondere darauf drängen, den Personalbedarf anhand von Art und Anzahl der zu erledigenden Aufgaben zu steuern. Der in 2014 vorgelegte Personalmanagementbericht des Landes Berlin wird dem noch nicht gerecht.

Forderung: Von Good-Practices zum Personalmanagement lernen

Die IHK wird weiterhin auf die Prüfung des flächendeckenden Einsatzes der Good-Practices aus dem IHK-Papier "Erfolgreiches Personalmanagement in der Berliner Verwaltung" drängen. Die Aufnahme von Best Practises im letzten Personalmanagementbericht des Landes ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Forderung: IT-Kompetenz in Verwaltung stärken

Die IHK Berlin wird von der Berliner Verwaltung die Stärkung der IT-Kompetenz der Beschäftigten fordern, um E-Government-Lösungen zu ermöglichen.

Ziel: Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen
--

Maßnahme: Sicherheitspartnerschaft fortführen

Die Sicherheit des eigenen Unternehmens – intern wie extern – ist für den Erfolg von Unternehmen essentiell. Die IHK wird die Sicherheitspartnerschaft mit den Berliner Sicherheitsbehörden zum Informationsaustausch und zur Initiierung gemeinsamer Maßnahmen zur Erhöhung der Unternehmenssicherheit im Land Berlin fortführen.

Maßnahme: Wege zu mehr IT-Sicherheit aufzeigen

Gemeinsam mit dem eBusiness Lotsen Berlin wird die IHK den IT-Sicherheitstag im Ludwig Erhard Haus durchführen.

Aktionsfeld: Arbeitsmarkt und Fachkräfte

Vision: Berlin – der beste Platz zum Leben und Arbeiten

In Berlin findet jeder Arbeit. Unternehmen können auf ausreichend Fachkräfte zurückgreifen. Bei Bildung ist Berlin Spitze. Unternehmen, Schulen und Hochschulen handeln Hand in Hand: Schulen verschaffen jedem Jugendlichen beste Karrierechancen; Betriebe können alle Ausbildungsplätze besetzen; exzellente Hochschulen sichern den akademischen Fachkräftebedarf. Berlin ist Vorreiter beim lebenslangen Lernen. Hier zu wohnen und zu arbeiten ist attraktiv für Jung und Alt. Vielfalt, Internationalität und Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden gelebt. Ausländische Fachkräfte erfahren eine ausgeprägte Willkommenskultur.

Ziele im Überblick

Arbeitsmarkt

- Ziel: Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent senken
- Ziel: Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

Fachkräfte

- Ziel: Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern
- Ziel: Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten - Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft unterstützen
- Ziel: Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen
- Ziel: Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen

Aus- und Weiterbildung

- Ziel: Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen
- Ziel: Übergänge von Schule in Ausbildung erfolgreich gestalten
- Ziel: Umfassende und systematische Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen etablieren
- Ziel: Bessere Integration durch Bildung erreichen
- Ziel: Neue Ausbildungsbetriebe gewinnen
- Ziel: Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern
- Ziel: MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen
- Ziel: Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver gestalten
- Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten
- Ziel: Zielführende Weiterbildungskultur etablieren
- Ziel: Berufsbildungsexport fördern
- Ziel: Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen unbürokratisch und wirtschaftsfreundlich durchführen

Arbeitsmarkt

Ziel: Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent senken

Maßnahme: Den Berliner Arbeitsmarkt analysieren und Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes vorschlagen

Die IHK Berlin wird arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Berliner Senats und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg hinsichtlich ihrer Wirtschaftsfreundlichkeit auf den Prüfstand stellen und durch eigene Vorschläge, beispielsweise aus den Positionspapieren „Der Berliner Arbeitsmarkt – Vom Sorgenkind zum Hoffnungsträger“ oder "Richtige Konsequenzen ziehen! Arbeitsplätze statt Mindestlohn", ergänzen.

Maßnahme: Gemeinsame Strategien für Berlin-Brandenburg entwickeln

Die IHK Berlin wird in Zusammenarbeit mit den Akteuren des Berlin-Brandenburger Arbeitsmarktes Maßnahmen und Initiativen durchführen und begleiten, die zur Senkung der Arbeitslosigkeit in der Metropolregion geeignet sind.

Maßnahme: Fachkräftegewinnung unterstützen

Die IHK Berlin wird Unternehmen bei ihrer Fachkräfteakquise unterstützen, indem sie in Kooperation mit Partnern, wie z. B. der Regionaldirektion, transparent macht, welche Fachkräfte nach abgeschlossener Ausbildung auf dem Markt zur Verfügung stehen.

Maßnahme: Begleitung des Reformprozesses zur Gründung einer Jugendberufsagentur

Die IHK Berlin wird im Lenkungskreis der neu gegründeten Jugendberufsagentur mitwirken. Ziel ist es, alle Unterstützungsangebote für Jugendliche während der Berufsorientierung, zum Übergang Schule-Beruf sowie zur Ausbildung "aus einer Hand" anzubieten und dadurch Potenziale für die duale Ausbildung für die Berliner Wirtschaft zu heben.

Maßnahme: Konzepte für Teilqualifikationen umsetzen

Das Projekt Teilqualifikationen für Arbeitslose und niedrig Qualifizierte ist in die Startphase getreten. Zusammen mit den Projektpartnern (namenhafte Berliner Unternehmen) wird die IHK Berlin das Bildungspersonal in den Betrieben qualifizieren, die Teilqualifikationen anpassen und entsprechende Kompetenzfeststellungsverfahren zusammen mit Experten entwickeln.

Maßnahme: Keine Wettbewerbsverzerrung durch öffentlich geförderte Beschäftigung

Die IHK Berlin wird durch öffentlich geförderte Beschäftigung verursachte Verdrängungseffekte und Wettbewerbsverzerrung auf dem ersten Arbeitsmarkt aufzeigen und sich entsprechend gegen eine Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung positionieren.

Forderung: Vorrang für den ersten Arbeitsmarkt

Die IHK Berlin wird sich angesichts der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - auch im Rahmen der Tätigkeit in den Berliner Jobcenter-Beiräten - weiterhin für eine Fokussierung aller Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt einsetzen.

Forderung: Flexibilität am Arbeitsmarkt gewährleisten

Die IHK Berlin wird sich für die Wahrung flexibler Regelungen auf dem Arbeitsmarkt einsetzen und über Beschäftigungsformen wie „Mini-“, oder „Midijobs“, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, informieren.

Ziel: Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

Maßnahme: Schwarzarbeit mit den richtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bekämpfen

Die IHK Berlin wird sich weiterhin aktiv an dem Landesprojekt „Optimierung der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit“ beteiligen, welches voraussichtlich 2015 beendet werden wird.

Maßnahme: Brancheninterne Lösungen unterstützen

Die IHK Berlin wird brancheninterne Lösungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung, wie z. B. Baustellenläufer oder bargeldloses Bezahlen im Taxigewerbe, unterstützen und bekannter machen.

Maßnahme: Bekämpfung von Schwarzarbeit im Taxigewerbe

Die IHK wird für den Einsatz von manipulationssicheren Online-Taxametern werben, um einen fairen Wettbewerb und gleichzeitig mehr Qualität beim Taxiangebot zu erreichen.

Forderung: Schwarzarbeit bekämpfen

Die IHK Berlin fordert von Politik und Verwaltung die Umsetzung der gemeinsam mit der Handwerkskammer formulierten Vorschläge zur Bekämpfung von Schwarzarbeit, wie z.B. die Senkung der Lohnnebenkosten oder Erhöhung der Kontrolldichte durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Forderung: Stärkung regulärer Beschäftigung fordern

Die IHK Berlin wird weiterhin die Senkung der Lohnzusatzkosten einfordern, um die Attraktivität von Schwarzarbeit zu senken.

Fachkräfte

Ziel: Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern

Maßnahme: Familienfreundliche Unternehmenspolitik fördern

Die IHK Berlin wird die Unternehmen für eine familienfreundliche Unternehmenspolitik sensibilisieren, indem insbesondere der Austausch von Unternehmen zum Thema etwa über den Unternehmenstreff "Familie und Beruf" intensiviert wird. Mit der Durchführung eines Landeswettbewerbes "Familienfreundliche Unternehmen" soll bestehendes Engagement gewürdigt und damit gleichzeitig erfolgreiche Umsetzungsbeispiele präsentiert werden.

Maßnahme: Vereinbarkeit als Attraktivitätsmerkmal für Arbeitgeber hervorheben

Die IHK Berlin wird die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität im Wettbewerb um Fachkräfte hervorheben.

Maßnahme: Vereinbarkeit gestalten

Die IHK Berlin wird quantitativ und qualitativ bessere Betreuungsmöglichkeiten einfordern. Außerdem soll die Politik das Engagement von Unternehmen, die eigene Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben, wie beispielsweise der Ausbau betrieblicher Betreuungsangebote, angemessen würdigen und auch administrativ unterstützen. Im Berliner Beirat für Familienfragen arbeitet die IHK Berlin engagiert mit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch aus Unternehmenssicht positiv zu gestalten.

Ziel: Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten - Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft unterstützen

Maßnahme: Fachkräftebedarf sichtbar machen

Die IHK Berlin wird den Fachkräftebedarf der Berliner Wirtschaft nach Wirtschaftszweigen für die nächsten Jahre sichtbar machen. Dafür werden Fachkräftemonitor und Demografierechner als anwenderfreundliche Prognosemodelle aktualisiert und weiterentwickelt.

Maßnahme: Fachkräftebedarf sichern

Die IHK Berlin wird für Unternehmen und Politik Wege erarbeiten, um den künftigen Fachkräftebedarf der Berliner Wirtschaft zu sichern.

Maßnahme: Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräfteversicherung für Unternehmen durch Ausbildung weiterentwickeln

Die Berliner Vereinbarung zur Nachwuchskräfteversicherung läuft Ende 2014 aus (Laufzeit 2011 bis 2014). Die IHK Berlin wird sich gemeinsam mit Politik und den Sozialpartnern aktiv an der Weiterentwicklung der Berliner Vereinbarung beteiligen.

Maßnahme: Möglichkeiten der Corporate Social Responsibility (CSR) als Strategie zur Fachkräftesicherung hervorheben

Die IHK Berlin wird die Möglichkeiten der Corporate Social Responsibility (CSR) zur Fachkräftesicherung stärker hervorheben und dafür verwandte Themenfelder, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Diversity-Management noch enger mit der CSR-Initiative verknüpfen.

Ziel: Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen

Maßnahme: Tag der offenen Tür zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse etablieren

Die IHK Berlin wird in einer Veranstaltung über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse als Unternehmer oder als Fachkraft mit internationalen Abschlüssen individuell und berufsbezogen beraten.

Maßnahme: Möglichkeiten des Anerkennungsgesetzes zur Fachkräftesicherung nutzen

Das Anerkennungsgesetz ist eine Reaktion auf den Fachkräfteengpass in Deutschland und kann für Berlin ein zentrales Element zur Fachkräftesicherung sein. Die IHK Berlin unterstützt die Unternehmen darin, die Qualifikationen internationaler Fachkräfte zu erkennen und für ihr Unternehmen zu nutzen.

Maßnahme: One-Stop-Agentur: Berlins zentrale Anlaufstelle für Gründer im Ludwig Erhard Haus

Die IHK wird bestehende Services wie den Business Welcome Service, die Gründerberatung, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und viele weitere Services - inkl. der Angebote relevanter externer Partner - bündeln.

Forderung: Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass Flüchtlingen eine bessere und raschere Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Hierzu müssen verlässliche Rahmenbedingungen für Flüchtlinge und Betriebe geschaffen werden, wie z. B. die Aussetzung von Abschiebungen bei der Aufnahme einer Schul- oder Berufsausbildung. Auch müssen die Verfahren bei der Entscheidung von Asylanträgen beschleunigt und allen Asylsuchenden sofort Sprachkurse angeboten werden. Hierzu muss die finanzielle Ausstattung von Sprachkursen für Migranten verbessert werden.

Ziel: Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen

Maßnahme: Chancengleichheit anstreben

Dazu wird die IHK Berlin Unternehmen noch stärker als bisher mit Hilfe von Beispielen aus der Praxis für Qualifikationen und Potentiale beider Geschlechter sensibilisieren.

Maßnahme: Vielfältige Belegschaft als Gewinn

Die IHK Berlin wird die Unternehmen zu den Chancen eines Diversity Managements und einer auf eine vielfältigen Belegschaft ausgerichteten Personalpolitik hinsichtlich der Erschließung neuer Märkte und der Gewinnung neuer Kundengruppen informieren.

Maßnahme: Karrierechancen von Frauen fördern

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Karrierechancen von Frauen befördert werden, u.a. durch die Ansprache weiterer Unternehmen zur Zeichnung der Erklärung „Frauen an die Spitze“ oder der Vorstellung von erfolgreichen Beispielen im Rahmen einer gleichnamigen Besuchsreihe.

Maßnahme: Qualifikation als maßgebliches Einstellungskriterium hervorheben

Die IHK Berlin wird gegenüber der Politik starre Quotenregelungen bei Einstellungen oder Besetzungen ablehnen und sich dafür einsetzen, dass die Qualifikation von Bewerbern weiterhin das zentrale Einstellungskriterium bleibt.

Maßnahme: Inklusion in der Berufsausbildung voranbringen

Eine qualifizierte Ausbildung ist die beste Grundlage für den Start ins Berufsleben. Menschen mit Behinderungen sollen die gleiche berufliche Perspektive haben, wie alle anderen. Die IHK Berlin unterstützt die „Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung“ der Bundesregierung und setzt sich dafür ein, den Anteil der betrieblichen bzw. möglichst betriebsnahen Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderung zu erhöhen. Im Mittelpunkt soll die Sensibilisierung von Betrieben und Unternehmen für das Arbeitskräftepotenzial und die Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen stehen.

Forderung: Integration unterstützen

Die IHK Berlin fordert eine stärkere Ausrichtung von Bildungsangeboten auf Arbeitnehmer ausländischer Herkunft.

Aus- und Weiterbildung

Ziel: Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen
--

Maßnahme: Bildungspolitische Zwecke fördern und in der Umsetzung begleiten

Die Vollversammlung der IHK Berlin hat 2014 entschieden, IHK-Überschüsse in Höhe von 15 Mio. Euro für Bildungsprojekte im Land Berlin auszugeben. 2015 wird die IHK Berlin die Projektauswahl abschließen und die Bildungsprojekte in ihrer Umsetzung begleiten.

Maßnahme: Lehrerpraktika anbieten

Die IHK Berlin wird im Rahmen des Projektes Partnerschaft Schule- Betrieb anerkannte Lehrerfortbildungen anbieten, in denen Wissen über Wirtschaft (z. B. ihre Anforderungen und Erwartungen) und Praktika vermittelt werden, mit dem Lehrer die Berufsorientierung von Schülern unterstützen können.

Maßnahme: Schulinspektionen intensivieren

Die IHK Berlin wird durch eine größere Beteiligung der Wirtschaft (Ziel: 10 Prozent der Vollversammlungsmitglieder) an Schulinspektionen die Qualität der Schulen erhöhen.

Forderung: Vorschulpflicht einführen

Die IHK Berlin wird von der Politik die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres fordern, um das Vorbildungsniveau der Kinder bis Schulbeginn anzugleichen.

Forderung: Schulqualität steigern

Die IHK Berlin wird von der Politik - und konkret im Landesschulbeirat (LSB) - eine Steigerung der Schulqualität fordern, z.B. durch eine bessere individuelle Förderung leistungsschwacher Schüler beim Erreichen der Ausbildungsreife. Sie wird sich dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung der überarbeiteten Rahmenlehrpläne die einschlägigen Themen (z.B. Wirtschaft-Arbeit-Technik, Berufs- und Studienorientierung) das dafür nötige Gewicht erhalten.

Ziel: MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen

Maßnahme: Haus der kleinen Forscher-Netzwerk ausbauen

Die IHK Berlin bietet seit vier Jahren Fortbildungen für pädagogische Fach- und Lehrkräfte im MINT-Bereich an. Sie wird neue Kitas und Grundschulen zu "Häusern der kleinen Forscher" machen, sodass künftig jedes Kind in Berlin die Möglichkeit hat, zu forschen und zu entdecken.

Maßnahme: MINT-Interesse von Schülerinnen und Schülern erhöhen

Die IHK Berlin wird die naturwissenschaftlichen Kompetenzen und das Interesse an MINT-Fächern von Schülerinnen und Schülern an allg. Schulen stärken. Hierzu wird in Kooperation mit den Arbeitsagenturen für die Klassen 9 und 10 der Tag der Technik angeboten sowie die MINT-Plattform „tecnopedia“ gestärkt.

Forderung: Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung

Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die akademische Erzieher- bzw. Erzieherinnenausbildung als einen gleichberechtigten Ausbildungsweg zum Erzieherberuf zu etablieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Ziel: Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen - Übergänge von Schule in Ausbildung erfolgreich gestalten

Maßnahme: Tage der Berufsausbildung veranstalten

Die IHK Berlin wird im Juni 2015 wieder in Kooperation mit der vocatium und der Handwerkskammer die Ausbildungsmesse Tage der Berufsausbildung veranstalten, um Unternehmen noch stärker bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen zu unterstützen.

Maßnahme: Passgenaue Vermittlung als Marke etablieren

Die Passgenaue Vermittlung unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei der zielgenauen Besetzung ihrer Ausbildungsplätze und hilft damit bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses dieser Unternehmen. Dies geschieht u.a. auch durch immer zielgenauere Veranstaltungen wie spezielle Messen oder Speed Datings. Durch verstärkte Betriebsbesuche wird auch die Bindung der KMU an die IHK Berlin gestärkt.

Maßnahme: Zusatzqualifikationen für Leistungsstarke ausbauen

Ein wichtiger Baustein bei der Verbesserung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung für leistungsstarke Jugendliche, ist das Angebot an Zusatzqualifikationen für einzelne Berufe. Mit den Unternehmen zusammen wird 2015 der Bedarf an neuen Qualifikationen ermittelt und zeitnah umgesetzt.

Maßnahme: Leistungsschwächeren mit einer Einstiegsqualifizierung den Berufseinstieg ermöglichen

2015 wird die IHK Berlin auch mit einer neuen Ausgestaltung der EQ-Offensive durch die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg so viel Unternehmen wie möglich dabei unterstützen, noch nicht ausbildungsreife Jugendliche auf eine betriebliche Ausbildung vorzubereiten.

Maßnahme: Unternehmen beim Ausbildungsmarketing unterstützen

Die IHK Berlin wird Unternehmen gezielt beim Ausbildungsmarketing unterstützen, um geeignete Wege zur Auszubildendenakquise darzustellen.

Maßnahme: Last-minute Börse für Ausbildungsplätze ausweiten

Gemeinsam mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und der Handwerkskammer wird die IHK Berlin im September 2015 eine Last-minute Börse für Ausbildungsplätze veranstalten, um Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre nach Ausbildungsbeginn noch oder wieder freien Ausbildungsplätze zu besetzen.

Forderung: Assistierte betriebliche Ausbildung in Berlin etablieren

Die Vermittlung besonders förderbedürftiger Jugendlicher in betriebliche Ausbildung und die Stabilisierung dieser Ausbildung durch die Assistenz (Unterstützung der Jugendlichen und Ausbilder während der Ausbildung) hat sich als ein Modell erwiesen, das dazu beiträgt, das derzeitig besonders gravierende Matchingproblem zu mildern. Angesichts der aktuellen Lage sollte dieses Modell in den Regelbetrieb überführt werden.

Forderung: Vollzeit Schulische Ausbildungsangebote zugunsten dualer Ausbildungsplätze reduzieren

Durch vollzeitschulische Ausbildungsgänge sowohl im Bereich der Oberstufenzentren aber auch privater Bildungsträger, werden der betrieblichen Berufsausbildung geeignete Jugendliche entzogen, was zur Nichtbesetzung von Ausbildungsplätzen bei den Unternehmen führt. Viele Absolventen dieser Ausbildungsgänge befinden sich nach der Ausbildung im Leistungsbezug der Arbeitsagenturen. Durch ein koordiniertes Zusammenwirken von IHK Berlin, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft soll unter Ausnutzung der politischen und rechtlichen Möglichkeiten versucht werden, das Überangebot an vollzeitschulischen Ausbildungsgängen in Berlin einzudämmen.

<p>Ziel: Umfassende und systematische Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen etablieren</p>
--

Maßnahme: Weitere Schulpartnerschaften herstellen

Die IHK Berlin engagiert sich dafür, dass alle Sekundarschulen und Gymnasien Unternehmen als Partner erhalten. Sie wirbt zudem dafür, dass Schulen jeweils mehrere Partnerschaften mit Unternehmen eingehen.

Maßnahme: Praktika einwerben und Qualitätsoffensive für Praktika durchführen

Praktika bieten eine effektive Möglichkeit, Schüler und Studenten auf die Arbeit im Berufsleben vorzubereiten und ihre Kompetenzentwicklung zu fördern. Die IHK Berlin wirbt Praktikumsplätze ein, bietet über ein Praktikumsportal eine Plattform für Stellenangebote und -gesuche an und berät Unternehmen und Schüler.

Maßnahme: IHK-Berufsorientierungsportal einführen

Durch das Portal sollen die Berufsorientierungsangebote der IHK Berlin optimiert, miteinander verzahnt und besser sichtbar gemacht werden. Junge Menschen, aber auch Eltern und Lehrer sollen sich über die Ausbildungsmöglichkeiten in den Berliner Unternehmen informieren und orientieren können. Das Engagement einzelner Unternehmen für Ausbildung und Berufsorientierung soll über diese Plattform dargestellt und gewürdigt werden.

Maßnahme: Beraten und Informieren zur Möglichkeit, Schulabschlüsse im Rahmen einer dualen Ausbildung zu erreichen

Im Rahmen einer dualen Ausbildung besteht die Möglichkeit über den regulären Besuch der Berufsschule allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erreichen. Das einschlägige Informationsangebot von Seiten der Verwaltung ist hier ungenügend. Die IHK Berlin wird zu diesem Thema informieren und beraten und damit diesen weiteren Aspekt der Attraktivität einer dualen Ausbildung herausstellen.

Maßnahme: Schulen für exzellente Berufsorientierung auszeichnen

Die IHK Berlin würdigt zusammen mit der Verwaltung besonderes Engagement einzelner Berliner Schulen in der Berufsorientierung. Dazu verleiht sie als Mitglied der Initiative „Qualitätssiegel“ jährlich das Qualitätssiegel für exzellente Berufsorientierung. Ausgezeichnete Schulen werden damit wertgeschätzt und erhalten eine breitere Vorbildwirkung. Schulen, die noch Nachholbedarf haben, erhalten einen Ansporn und können sich an den ausgezeichneten Vorbildern orientieren.

Maßnahme: Kompetenzcheck in Schulen institutionalisieren

Der IHK Kompetenzcheck bietet Schülern die Möglichkeit, unabhängig von ihren schulischen Leistungen ein differenziertes Bild ihrer berufsbezogenen Stärken und Neigungen zu erhalten. Unternehmen profitieren von einer auf ausbildungsrelevante Kompetenzen ausgerichtete Testauswertung, die Schüler ihrer Bewerbung beilegen können. Dadurch wird der IHK-Kompetenzcheck zu einem wichtigen Medium der Berufsorientierung und des Matchings. Die IHK Berlin fördert die Verbreitung des Kompetenzchecks in Berliner Schulen und wirbt bei Lehrern für seinen verstärkten Einsatz.

Maßnahme: Berufsorientierung stärken

Die IHK Berlin unterstützt das Engagement der Unternehmen bei der Berufsorientierung von Jugendlichen. Durch die Vermittlung z. B. von Schülerpraktika erhalten Schülerinnen und Schüler frühzeitig einen Einblick in die Arbeits- und Berufswelt, werden gezielt auf eine spätere Ausbildung vorbereitet und lernen den Wert von Arbeit und Ausbildung schätzen.

Maßnahme: Duales Lernen ausbauen

Die IHK Berlin wird als Partner der Senatsverwaltung die Umsetzung des Dualen Lernens weiterhin unterstützen und fördern, um mehr Wirtschaftswissen und Unternehmertum in den Unterricht zu integrieren.

Forderung: Erstellung eines Landeskonzeptes Studien- und Berufsorientierung

Mit der Erstellung eines Landeskonzeptes Studien- und Berufsorientierung werden den Schulen Wege zur Umsetzung der Angebote zur Berufsorientierung vorgegeben. Die IHK fordert eine systematische Umsetzung der Konzepte in Schulen.

Ziel: Bessere Integration durch Bildung erreichen
--

Maßnahme: Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt für Berufsbildung interessieren

Die IHK Berlin wird die zielgruppenspezifische Ansprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausbauen und verstetigen. Durch regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wird für die duale Berufsausbildung geworben.

Maßnahme: Individuelle Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse anbieten

Fachkräfte mit ausländischen Abschlüsse und interessierte Unternehmen mit internationalem Personal erhalten in der IHK Berlin eine individuelle Beratung zum Bewertungs- und Feststellungsverfahren nach dem Anerkennungsgesetz.

Maßnahme: Umsetzung des Berliner Anerkennungsgesetzes begleiten

Die IHK Berlin wird die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes für Berliner landesrechtlich geregelte Berufe (Lehrer, Erzieher, Ingenieure) bildungspolitisch begleiten und prüfen, inwieweit die gesetzlichen Regelungen geeignet sind, qualifizierte Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen in den Berufsalltag zu integrieren.

Forderung: Integrationspolitik zielgerichtet gestalten

Die IHK Berlin wird die Gestaltung der Integrationspolitik verstärkt nach dem Prinzip "Fördern & Fordern" empfehlen, z.B. durch verpflichtende Teilnahme an zielgruppenspezifischen Arbeitsmarktprogrammen wie etwa Sprachförderung oder berufliche Qualifizierung.

Forderung: Anerkennungsgesetz zielgruppengerecht vermarkten

Über die Möglichkeiten und Vorteile einer Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssen internationale Fachkräfte und die Berliner Wirtschaft branchen- und berufsbezogen informiert werden. Dafür wird sich die IHK Berlin einsetzen und den Vermarktungsprozess unterstützen.

Ziel: Neue Ausbildungsbetriebe gewinnen

Maßnahme: KMU bei der Verbundausbildung unterstützen

Die IHK Berlin wird kleine und mittlere Unternehmen gezielt bei der Ausbildung im Verbund unterstützen, um so noch mehr Unternehmen für die eigene Ausbildung zu gewinnen.

Maßnahme: Ausbildungsbetriebe besuchen und beraten

Die IHK-Ausbildungsberater werden die Anzahl ihrer Betriebsbesuche auf einem weiterhin sehr hohen Niveau halten. Angestrebt wird eine intensivere Betreuungsleistung der bereits aktiven Betriebe, um diese für die Ausbildung zu erhalten. Unterstützt wird durch Informationen über geänderte Ausbildungsinhalte infolge von Neuordnungen, über die Bewerbersuche, die Begleitung während der Ausbildung bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss, um so eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu sichern. Derzeit nicht ausbildende Betriebe mit Ausbildungsberechtigung sollen aktiviert werden, um ihren Fachkräftenachwuchs selbst auszubilden.

Ziel: Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern

Maßnahme: Dialog zwischen Betrieb und Berufsschule verbessern

Die IHK wird den Dialog zwischen Betrieben und Berufsschulen systematisch moderieren, z. B. über OSZ-Leitertreffen, Ausbilderarbeitskreise, Vermittlung bei Beschwerden und Förderung von Schlichtungsverfahren.

Forderung: Berufsschulreform in Berlin vorantreiben

Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Berliner Berufsschulsystems im Sinne der Stärkung der dualen Ausbildung in Berlin anzupacken und den Reformprozess in der Umsetzung begleiten.

Ziel: Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver gestalten

Maßnahme: Ausbildungsbetriebe und –verträge hochwertig betreuen

Die IHK Berlin wird rund 5.300 Ausbildungsbetriebe und 24.100 Ausbildungsverträge betreuen. Dazu gehört der Service für die Betriebe genauso wie der für die Auszubildenden (Anfragen beantworten, Probleme lösen etc.). Ausbilderfrühstücke zum Erfahrungsaustausch und andere erprobte Formate werden weitergeführt und optimiert.

Maßnahme: Prüfungen in der Ausbildung hochwertig durchführen

Die IHK Berlin wird rund 24 100 Zwischen- und Abschlussprüfungen hochwertig organisieren und rund 900 Prüfungsausschüsse und ihre ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer betreuen.

Maßnahme: Qualität der Ausbildung verbessern und Qualitätssiegel einführen

Die Qualität der Ausbildung in den Betrieben steht wie immer auf dem Prüfstand. Zusätzlich zu den bisherigen Ehrungen (Urkunde für aktive Ausbildung und Bestenehrung) sollen Betriebe in 2015 für eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit einem Qualitätssiegel ausgezeichnet werden.

Maßnahme: Karrierewege aufzeigen

Die IHK Berlin bewirbt verstärkt die beruflichen Karrieremöglichkeiten, weist branchenbezogen attraktive Karrierewege aus und informiert über Unterstützungsstrukturen des beruflichen Bildungsweges.

Maßnahme: Für lebenslanges Lernen werben

Die IHK Berlin wird durch Neuaufgabe der Broschüre „Karrieremöglichkeiten für das Prinzip des lebenslangen Lernens“ werben und unterstützend das Programm "Stiftung Begabtenförderung" noch stärker öffentlich bekannt gemacht.

Maßnahme: Mobilitätsberatung durchführen

Die IHK Berlin unterstützt die internationale Mobilität von Auszubildenden. Als Ansprechpartner stellt die IHK Berlin für Unternehmen und Auszubildende Informationen und Kontakte zur Verfügung, um Mobilität während der Ausbildung zu fördern.

Maßnahme: Ausbildungsabbrüche verhindern

Hohe Lösungsquoten verhindern Ausbildung, da sie mit hohen Kosten verbunden sind. Die IHK Berlin wird das Schlichtungsverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden weiterhin bekannt machen und dadurch die Einigungsbereitschaft bei sich streitenden Ausbildungsvertragspartnern fördern. Die IHK informiert ihre Mitglieder über ausbildungsbegleitende Hilfen, das Projekt "VerA" (Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen) und andere Mentoringprogramme.

Maßnahme: Bildungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ausbauen

Die IHK setzt sich sowohl im Rahmen ihrer hoheitlichen Aufgaben als auch als Gesamtinteressenvertretung für die bildungspolitischen Belange der Berliner Wirtschaft ein. Im Besonderen wird die IHK Berlin durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Stellung der dualen Ausbildung in der Bildungslandschaft der Stadt fördern.

Maßnahme: "Bildungspolitik aktuell" monatlich publizieren

Die IHK Berlin wird monatlich die Publikation "Bildungspolitik aktuell" herausgeben, um wichtige Themen der Aus- und Weiterbildung in die Verwaltung und Politik zu tragen.

Maßnahme: Berliner Bildung in Zahlen publizieren

Die IHK Berlin wird eine Broschüre "Berliner Bildung in Zahlen" veröffentlichen.

Maßnahme: Beste Ausbildungsbetriebe ehren

Die Attraktivität der dualen Berufsausbildung lebt auch durch positive Beispiele. 2015 wird die IHK Berlin wieder gemeinsam mit der HWK Berlin die besten Ausbildungsbetriebe ehren. Die Auswahl der besten Unternehmen übernimmt eine Jury aus Ehrenamt von IHK und HWK, Medien und Politik.

Maßnahme: Ehrung der besten Aus- und Weiterbildungsabsolventen

Die IHK Berlin wird öffentlichkeitswirksam die besten Berliner Auszubildenden sowie die besten Weiterbildungsabsolventen des Jahrgangs 2014/2015 ehren.

Maßnahme: Meisterfeier organisieren

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin die Meisterfeier der Berliner Wirtschaft durchführen und öffentlichkeitswirksam vermarkten, um damit vorbildhafte berufliche Karrierewege darzustellen.

Maßnahme: Kombimodelle umsetzen

Die IHK Berlin fördert den Ausbau von beruflichen Kombimodellen, z.B. für das Hotel- und Gastgewerbe, im Handel und ggf. im gewerblich technischen Bereich, in denen Aus- und Weiterbildungsgänge stärker miteinander verzahnt werden.

Maßnahme: Anforderungen der Industrie 4.0 an Aus- und Weiterbildung analysieren und Umsetzung initiieren

Die IHK Berlin wird gemeinsam mit interessierten Unternehmen die Anforderungen, die die Digitalisierung an die Berufsbilder in der Industrie stellt, definieren und einen Prozess initiieren, um diesen Bedarf kurzfristig zu decken sowie die Berufsbilder langfristig anzupassen.

Maßnahme: Weiterbildungsprüfungen am Bedarf der Wirtschaft ausrichten

Die IHK Berlin wird am Bedarf der Unternehmen und am Bedarf der weiterbildungsinteressierten Fachkräften orientierte Weiterbildungsprüfungen anbieten. Insgesamt wird sie rund 3.500 Fachkräfte in IHK-Weiterbildungsprüfungen betreuen.

Maßnahme: Prüferschulungen umsetzen

Im Zusammenhang mit der Prüferkonferenz 2013 wurde von der Aus- und Weiterbildung sowie der Abteilung Sach- und Fachkundeprüfungen ein Prüferprofil für alle drei Bereiche erarbeitet. Damit es nicht nur publiziert, sondern auch gelebt wird, werden die Aus- und Weiterbildung das in 2014 erarbeitete Prüferschulungskonzept umsetzen und entsprechend pilotieren. Dazu dienen Grundlagen- und Fachseminare.

Maßnahme: Prüferkonferenz organisieren

Zusammen mit der Weiterbildung und der Sach- und Fachkunde wird die IHK Berlin in 2015 wieder eine Prüferkonferenz organisieren. Ziel ist es, über 400 Prüfer und Prüferinnen zu qualifizieren, langjährige Prüfer zu ehren und durch entsprechende Portraits die Bedeutung des Ehrenamts in der Öffentlichkeit darzustellen.

Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten

Maßnahme: Durchlässigkeit von dualer und akademischer Ausbildung verbessern

Die IHK Berlin hat das Ziel, geregelte Zugänge für beruflich Qualifizierte zu akademischen Studienangeboten zu schaffen. Dazu wird sie in Kooperation mit einer Berliner Hochschule ein Modell weiterentwickeln, das den Zugang für IHK Betriebswirte zu Masterstudiengängen möglich macht. Die IHK wird sich auf politischer Ebene dafür einsetzen, dass diese Zugänge nicht wie bisher ausschließlich durch Einzelfallprüfungen, sondern nach Zugangssatzung der jeweiligen Hochschule geregelt werden.

Maßnahme: Studienabbruch zur Chance wenden

Um Studienaussteiger für den beruflichen Bildungsweg zu gewinnen und für Unternehmen eine neue Zielgruppe von etwa 5000 potentiellen Auszubildenden zu erschließen, wird die IHK Berlin das Projekt „your turn“ fortsetzen. Dafür wird sie Unternehmen akquirieren und Studienabbrecher beraten und vermitteln. Nach einem erfolgreichen Start im Februar 2015 wird die IHK Berlin die Durchführung der verkürzten Ausbildungen begleiten und einen erneuten Ausbildungsbeginn 2016 vorbereiten.

Maßnahme: Externenprüfung bewerben

Die IHK Berlin informiert Unternehmen wie auch junge Erwachsene über die verschiedenen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen, einen anerkannten Berufsabschluss zu erhalten, ohne vorab eine Ausbildung absolviert zu haben. In Zeiten fehlender beruflich qualifizierter Fachkräfte ist die sogenannte Externenprüfung für Beschäftigte wie für Unternehmen gleichermaßen interessant.

<p>Ziel: Zielführende Weiterbildungskultur etablieren</p>
--

Maßnahme: Passgenaue Weiterbildungsprodukte anbieten

Die IHK Berlin wird Unternehmen und Arbeitnehmern passgenaue Produkte zur Weiterbildung anbieten: Dazu wird sie mit Lehrgängen, Seminaren und Firmentrainings bedarfsgerecht auf die Anforderungen aus den Unternehmen reagieren. Mehr als 3.000 Fachkräfte werden IHK-Weiterbildungsangebote wahrnehmen.

Maßnahme: Weiterbildungsbewusstsein bei Fachkräften stärken

Die IHK Berlin wird die in 2013 gestartete Marketingaktion „Mit Bildung nehmen Sie jede Hürde“ in 2015 auf bestimmte Themenbereiche konzentrieren und z.B. im Bereich der Ausbilderqualifikation fortführen.

Maßnahme: Weiterbildungsbewusstsein bei Unternehmen stärken

Die IHK Berlin wird vorbildliches Engagement in der Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter im Rahmen der Bestenehrung und der gemeinsamen Meisterfeier von IHK Berlin und Handwerkskammer Berlin öffentlichkeitswirksam vermarkten.

Maßnahme: Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten

Die IHK Berlin wird die Unternehmen kompetent und unternehmensbezogen zur Qualifizierung von Fachkräften beraten. Sie wird dabei auch das Berliner Netzwerk der Beratungseinrichtungen nutzen und eigene sowie die Angebote anderer Bildungsdienstleister einbeziehen.

Maßnahme: Weiterbildungstrends aufspüren und Produkte erproben

Die IHK Berlin wird den Weiterbildungsbedarf der Berliner Wirtschaft systematisch analysieren. Bestehende und neue Unternehmenskontakte wird sie nutzen, um frühzeitig Weiterbildungstrends aufzuspüren und bei Bedarf zügig neue Qualifizierungsangebote für die Unternehmen zu entwickeln und zu erproben.

Ziel: Berufsbildungsexport fördern

Maßnahme: Ausländische Delegationen zum dualen System beraten

Die IHK Berlin berät Delegationen aus dem Ausland zu Themen der dualen Ausbildung, um eine Entwicklung dualer Ausbildungssysteme zu unterstützen und damit vor allem in Europa zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Stabilisierung der Wirtschaftsräume in Europa beizutragen.

Maßnahme: Kooperation mit AHKs zum Berufsbildungsexport eingehen

Die IHK Berlin wird den Bedarf der Unternehmen erfassen und Berufsbildungsexportleistungen anbieten, um die Fachkräftesicherung vor Ort zu sichern, einen Zuwanderungspuffer zu etablieren und den europäischen Abkommen zur Unterstützung im Aufbau des dualen Systems nachzukommen.

Ziel: Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen unbürokratisch und wirtschaftsfreundlich durchführen

Maßnahme: Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen anbieten

Die IHK Berlin wird auch 2015 für rund 10.000 Teilnehmer ein umfangreiches Angebot an Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen zur Verfügung stellen. Dazu gehören beispielsweise: Unterrichtung im Bewachungsgewerbe, Gaststättenunterricht, Unterrichtung Aufsteller von Spielautomaten, Sachkundeprüfungen für Berufskraftfahrer, Bewachungsgewerbe, Finanzanlagenvermittler, Versicherungsvermittler, Sachkenntnisprüfung für freiverkäufliche Arzneimittel, Fachkundeprüfungen Gefahrgutbeauftragte, Gefahrgutfahrer, Güterkraftverkehr, Handel mit Waffen, Krankentransport, Omnibusverkehr, Taxi-/Mietwagenverkehr. Neue Sachkundeprüfungen wie beispielsweise für die Wohnimmobilienkreditvermittler wird die IHK Berlin wie gewohnt unbürokratisch und unternehmensnah umsetzen.

Maßnahme: Prüferqualität sicherstellen

Die IHK Berlin wird laufend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der hohen Qualität der Prüfer in der Sach- und Fachkunde durchführen. Dazu gehören die sorgfältige Akquise und Auswahl unserer Prüfer, das Erarbeiten von mündlichen Prüfungsfragen und die Durchführung von Prüferworkshops für die Abnahme der mündlichen Prüfung, um die sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen der Prüfer zu stärken.

Aktionsfeld: Wissenschaft und Technologietransfer

Vision: Berlin fasziniert die Welt durch Wissen, das zu Innovationen wird

Berlin steht weltweit für Spitzenforschung sowie innovative Produkte und Dienstleistungen. Die intensive Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft führt zu überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Aus der regen Gründungs- und Ausgründungsszene sind erfolgreiche, international führende Hochtechnologieunternehmen hervorgegangen. Hierfür geschaffene Strukturen gelten europaweit als Best Practices. Exzellente Forschung und Lehre, insbesondere in den MINT-Fächern, sichert akademischen Fachkräftenachwuchs und zieht Spitzenforscher aus aller Welt nach Berlin.

Ziele im Überblick

Funktionierende Netzwerke

- Ziel: Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen
- Ziel: Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken
- Ziel: Berliner Zukunftsorte profilieren, wissenschafts- und industriegeprägte Potenzialstandorte gezielt weiterentwickeln
- Ziel: Technologieorientierte und wissenschaftsbasierte Ausgründungen promoten
- Ziel: Industrielle Basis weiter stärken
- Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

Innovationsfähigkeit

- Ziel: Absolventen der Hochschulen für die Berliner Wirtschaft begeistern und gewinnen
- Ziel: Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern
- Ziel: Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern
- Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

Unternehmerisches Denken an Hochschulen

- Ziel: Wissenschaftsstandort Berlin im Wettbewerb der Regionen noch mehr Profil geben
- Ziel: Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern

Funktionierende Netzwerke

Ziel: Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen

Maßnahme: Für bessere Zusammenarbeit für den Berliner Wissens- und Technologietransfer eintreten

Mit der Kooperationsplattform "marktreif.berlin - Wirtschaft trifft Wissenschaft" wird ein Online-Instrument etabliert, das die Aktivitäten der Akteure des Berliner Wissens- und Technologietransfers auf eine neue Art transparent macht, bündelt und vorantreibt. Die IHK Berlin wird auf der Grundlage von "www.marktreif.berlin" mit den Akteuren des Wissens- und Technologietransfers intensiver zusammenarbeiten, deren Angebote sichtbarer machen und Synergien durch eine verbesserte Abstimmung heben.

Maßnahme: Aktionsbündnis Transfer-Allianz aktivieren

Die IHK Berlin wird sich weiterhin gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Bündnisses für eine intensivere Zusammenarbeit in der Transfer-Allianz einsetzen. Ziel ist dabei, dass die Arbeit der Transfer-Allianz in der Stadt in Form einer intensiveren Kooperation im Bereich marktnaher Forschung und Entwicklung sowie in erfolgreichen Transfer-Projekten sichtbar wird.

Ziel: Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken

Maßnahme: Gute Beispiele für Finanzierungen mit Beteiligungskapital kommunizieren

Die IHK Berlin wird auf Veranstaltungen beispielhafte Kooperationen zwischen Investoren und wachstumsstarken Unternehmen vorstellen und den (erfolgreichen) Werdegang mit dem Ziel diskutieren, mehr Beteiligungskapital in die Finanzierung der Unternehmen zu integrieren.

Maßnahme: Steuerliche Konsequenzen unterschiedlicher Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen

Die IHK wird mit Hilfe von Kooperationspartnern einen Leitfaden erstellen, der die steuerlichen Auswirkungen unterschiedlicher Wege der Vergabe und Aufnahme von Beteiligungskapital darstellt. Der Leitfaden richtet sich sowohl an Investoren als auch kapitalsuchende Unternehmen, die Wachstum finanzieren möchten.

Forderung: Steuerliche Rahmenbedingungen für privates Beteiligungskapital verbessern

Um das Wachstum innovativer Unternehmen mit hohem Kapitalbedarf zu stärken und Deutschland für Kapitalgeber attraktiver zu machen, wird sich die IHK Berlin dafür einsetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für Investoren verbessert werden. Insbesondere sollte ein Venture Capital-Gesetz auf den Weg gebracht werden, das den Finanzierungszugang für innovative Unternehmen erleichtert. Verbesserungspotenzial gibt es insbesondere bei den restriktiven steuerlichen Regelungen, wie etwa der Einschränkung des Verlustvortrags oder dem Risiko einer Doppelbesteuerung des Investors und des Fonds.

Ziel: Berliner Zukunftsorte profilieren, wissenschafts- und industriegeprägte Potenzialstandorte gezielt weiterentwickeln

Maßnahme: Potentiale der Zukunftsorte erschließen, Potenzialstandorte weiterentwickeln

Die IHK Berlin wird sich auf der Grundlage ihres Positionspapiers „Wirtschaft und Wissen: Berliner Industrie- und Innovationsstandorte“ weiter insbesondere für die Entwicklung der Standorte einsetzen, bei denen aus der engen räumlichen Nähe von Wirtschaft und Wissenschaft und der Verfügbarkeit freier Flächen besondere Potentiale für den Wirtschaftsstandort resultieren (Adlershof, Buch, City West) oder künftig resultieren werden (Tegel). Auch die Entwicklung der industrie- oder wissenschaftsgeprägten Potenzialstandorte wird die IHK Berlin mit konkreten Maßnahmenkatalogen flankieren, denn diese Gebiete sind ebenfalls von großer Bedeutung für die Entwicklung zentraler Berliner Wirtschaftszweige und die Wertschöpfung am Standort.

Forderung: Ressourcen auf die Entwicklung der Zukunftsorte richten

Die IHK Berlin fordert angesichts der Restriktionen des Landeshaushalts, finanzielle und personelle Ressourcen der Wirtschaftsförderung auf die Entwicklung und Weiterentwicklung der Zukunftsorte zu konzentrieren, ohne dabei jedoch die allgemeine Wirtschaftsförderung und Bestandspflege an den Potenzialstandorten zu schwächen.

Ziel: Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen promoten

Maßnahme: Ausgründer mit erfahrenen Unternehmerpersönlichkeiten vernetzen

Die IHK Berlin wird gezielt mit Veranstaltungen und über die Kooperationsplattform "marktreif.berlin" Ausgründer aus Hochschulen mit Unternehmen am Standort vernetzen. Ziel ist es dabei, das Ausgründer und etablierte Unternehmer wechselseitig von den unternehmerischen Erfahrungen und der technologischer Expertise profitieren.

Forderung: Umsetzung der Handlungsempfehlungen einfordern

Mit der Gründungsumfrage 2014 wurde nicht nur eine zentrale Forderung der IHK Berlin nach einem hochschulischen Gründungsmonitoring erfüllt. Es wird nun auch der Einfluss des Ausgründungsgeschehens auf die wirtschaftliche Entwicklung Berlins transparent. Auf dieser Basis wird sich die IHK Berlin weiterhin für die Umsetzung der übrigen von ihr formulierten Handlungsempfehlungen zur Förderung des Ausgründungsgeschehens an den Berliner Hochschulen einsetzen.

Ziel: Industrielle Basis weiter stärken

Maßnahme: Datenbasis der Industrie verbessern

Nach der Veröffentlichung von "Berliner Industrie in Zahlen" wird die IHK Berlin zur weiteren Verbesserung der Datenlage über die Berliner Industrie ein Tool entwickeln, das interessante Information über die größten Industriegebiete, z. B. Größe, Lage, die Zahl der Arbeitsplätze, Ausbildungsberufe, Produkte zur Verfügung stellt.

Maßnahme: Industriestandort Berlin weiter intensiv vermarkten

Die IHK Berlin hat gemeinsam mit Berlin Partner sowie der Wirtschaftsverwaltung ein Foto- und Filmprojekt zum Thema "Innovative Industrie" bei HTW, design akademie sowie dem Zentrum für fotografische Ausbildung angestoßen. Die Ergebnisse werden die Partner im Herbst 2015 in einer Ausstellung präsentieren.

Maßnahme: Zukunftsherausforderung Industrie 4.0 aktiv gestalten

Die IHK Berlin wird 2015 vertiefende Veranstaltungen zu Einzelaspekten und Best Practice Events, beispielsweise gemeinsam mit den Branchenverbänden VDMA und ZVEI, anbieten, um Information, Vernetzung und Diskussion mit und zwischen den Berliner Industrieunternehmen zu intensivieren.

Politisch wird die IHK Berlin die Analyse der Potenziale von Industrie 4.0 für Berlin vorantreiben sowie deren Umsetzung in politische Maßnahmen aktiv mitgestalten.

Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

Maßnahme: Leuchtturmprojekte im Rahmen des SKIP umsetzen

Die IHK Berlin wird aktiv darauf hinwirken, mit dem neuen Regierenden Bürgermeister konkrete ressortübergreifende Leuchtturmprojekte zu definieren, die bis Ende der Legislaturperiode durch den SKIP kontinuierlich angetrieben werden.

Maßnahme: Neue Impulse für die Berliner Industriepolitik entwickeln Industrie ist heute nicht mehr nur Fertigung, sondern stellt ein Netzwerk aus Produktion und industrienahen Dienstleistungen dar, das integriert betrachtet werden muss. Die IHK Berlin analysiert gemeinsam mit Berliner Unternehmen, welche Anforderungen diese Entwicklung an die Industriepolitik stellt, und entwickelt daraus den entsprechenden politischen Input.

Forderung: Industriepolitischen Maßnahmen konsequent an der Praxis orientieren
Die IHK Berlin fordert, dass alle Maßnahmen des weiterentwickelten Masterplanes Industrie jetzt zügig umgesetzt und konsequent an den Bedarfen der Unternehmen und den Ansiedlungschancen von neuen Unternehmen ausgerichtet werden.

Forderung: Industriepolitik als Aktivposten der Berliner Politik begreifen.
Die IHK Berlin fordert, dass die Industriepolitik Chefsache bleibt. Die Politik muss den Weg in die Industrie 4.0 und die Entwicklung hin zu einem Netzwerk mit produktionsnahen Dienstleistungen gestalten.

Innovationsfähigkeit

Ziel: Absolventen der Hochschulen für die Berliner Wirtschaft begeistern und gewinnen
--

Maßnahme: Begegnungsplattform für Studierende und KMU schaffen
Mit der Initiative "Praktikum in der Berliner Wirtschaft" hat die IHK Berlin ein Angebot insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in Berlin geschaffen, bei Studierenden sichtbar zu werden. Die IHK Berlin wird dieses Angebot stärker bei Unternehmen und Studierenden etablieren und durch Veranstaltungsformate flankieren, die Studierende und Unternehmen vernetzen.

Maßnahme: Für Zusammenarbeit mit den Hochschulen werben
Die IHK Berlin wird den Leitfaden „Praxistipps zur akademischen Fachkräftesicherung“ überarbeiten und aktualisieren und auf dieser Grundlage Unternehmen hinsichtlich der unterschiedlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Hochschulen beraten.

Ziel: Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern
--

Maßnahme: Mit guten Beispielen marktreif.berlin etablieren
Um Kooperationspartnerschaften aus Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, wird die IHK Berlin für die Ende 2014 gestartete Kooperationsplattform "marktreif.berlin" weiter intensiv bewerben und Akquise betreiben. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe sollen Kooperationspartner aus Wirtschaft und Wissenschaft vernetzt, mittels Best-Practices für die Zusammenarbeit im F&E-Bereich geworben, über Fördermöglichkeiten informiert und zur aktiven Nutzung des Instruments angeregt werden.

Ziel: Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern

Maßnahme: IHK-Technologieforum zum Thema Smart Technologies ausrichten

Die IHK Berlin wird das IHK-Technologieforum im Jahr 2015 in Berlin ausrichten und im Rahmen dieser Veranstaltung die Chancen smarter Technologien für die Berliner Wirtschaft und smarter Lösungen für die Stadt der Zukunft diskutieren.

Maßnahme: Innovationsfrühstück etablieren

Für innovative Unternehmen sind Themenfelder wie Product Compliance oder auch Schutzrechte für den unternehmerischen Erfolg essentiell. Um die Unternehmen mit Informationsangeboten besser zu erreichen und über aktuelle Trends und zentrale Fragestellungen zu informieren, wird die IHK Berlin mit einem Innovationsfrühstück ein neues regelmäßig stattfindendes Format etablieren.

Maßnahme: Mitarbeiterorientierte Unternehmensführung besser verankern

Der Wettbewerb "Potenzial Mitarbeiter - Unternehmen machen Zukunft" wird mit neuem Format in 2015 zum sechsten Mal ausgelobt. Ziel ist weiterhin, in der Praxis erfolgreiche Konzepte und Strategien einer mitarbeiterorientierten Unternehmensführung zu identifizieren, zu würdigen und als best practice vorrangig gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen zu kommunizieren. Dafür wird die bisher in den wettbewerbsfreien Jahren angebotene Unternehmensbesuchsreihe bei Teilnehmern des Wettbewerbs in das Bewerbungsverfahren integriert.

Unternehmerisches Denken an Hochschulen

Ziel: Wissenschaftsstandort Berlin im Wettbewerb der Regionen noch mehr Profil geben

Maßnahme: Abbildung der Cluster in der Wissenschaftslandschaft analysieren

Die IHK Berlin wird untersuchen, wie die Berliner Wirtschaftcluster in der Berliner Hochschullandschaft und im Bereich der außeruniversitären Forschung abgebildet sind. Sie wird gezielt Angebote der Wissenschaft für Clusterunternehmen über die Kooperationsplattform "www.marktreif.berlin" sichtbar machen und Clusterunternehmen und Wissenschaft vernetzen.

Ziel: Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern

Maßnahme: Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der Exzellenzinitiative entwickeln und diskutieren

Die Exzellenzinitiative leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Hochschulstandorts in Forschung und Lehre. Die IHK Berlin wird in Abstimmung mit den Berliner Hochschulen Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der Exzellenzinitiative erarbeiten und mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren.

Forderung: Wissenschaftsstandort Berlin mit der neuen Stufe der Exzellenzinitiative stärken

Die IHK Berlin wird sich in die Diskussion um die Ausgestaltung der neuen Stufe der Exzellenzinitiative einbringen, um die Exzellenz der Berliner Hochschulen zu sichern und den Wissenschaftsstandort Berlin zu stärken.

Aktionsfeld: Umwelt und Ressourcen

Vision: Berlin – Modellstadt der Green Economy

Die Berliner Wirtschaft bekennt sich zu nachhaltigem Wirtschaften und setzt dieses beispielhaft um. Unternehmen sind in allen Leitmärkten der Umweltwirtschaft führend vertreten. Ergebnisse der öffentlichen und privaten Forschung sind für die Entwicklung der Branche international wegweisend. Die Leitidee des nachhaltigen Wirtschaftens prägt die betriebliche und akademische Bildung. Die Vorreiterrolle der öffentlichen Hand sowie eine moderne und wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Green Economy.

Ziele im Überblick

- Ziel: „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln - Berlin als Modellstadt
- Ziel: Energie- und klimapolitische Strategie mit der Wirtschaft formulieren - Unternehmen bei der Energiewende unterstützen
- Ziel: Impulse für eine wirtschaftsfreundliche Wasserpolitik und nachhaltigen Gewässerschutz setzen
- Ziel: Immissionsschutz und Chemikaliensicherheit mit der Wirtschaft gestalten
- Ziel: Naturschutz - Chance für die Wirtschaft nutzen, Belastungen vermeiden
- Ziel: Abfallpolitik und -Service unternehmensfreundlich gestalten
- Ziel: Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen - politische Rahmenbedingungen optimieren

Ziel: „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln - Berlin als Modellstadt

Maßnahme: Technologische Basis der Green Economy stärken

Um die Wachstumsdynamik der Umweltwirtschaft für den Standort Berlin besser zu nutzen, wird die IHK ein Konzept für eine innovationsfreundliche Umweltpolitik erarbeiten. Darin werden die wirtschaftlichen und ökologischen Chancen der Angebote von Berliner Unternehmen aufgezeigt und Handlungsempfehlungen für deren flächendeckende Anwendung in der Stadt gegeben.

Maßnahme: Angebote im Bereich Umwelttechnik erweitern

Die IHK Berlin wird ihr Angebot zur Unterstützung von Umwelt- und Klimaschutztechnologien made in Berlin ausweiten. Dabei wird sie branchenspezifische Angebote entwickeln, um Unternehmen bei der Anwendung ihrer Technologien in der Stadt sowie bei der nationalen und internationalen Markterschließung zu unterstützen.

Maßnahme: UMFIS fortführen und ausbauen

Die IHK wird als Sprecherin der Koordinierungsstelle für das IHK-Umweltfirmeninformationssystem UMFIS die Integration der Datenbank in die eIHK-Architektur aktiv begleiten und fachlich unterstützen.

Maßnahme: Einsatz innovativer Wassertechnologien unterstützen

Die IHK Berlin wird Hindernisse beim Einsatz innovativer Wassertechnologien in der Stadt aufzeigen und Lösungswege zu ihrer Beseitigung identifizieren. Gemeinsam mit Unternehmen der Berliner Wasserwirtschaft wird Sie sich für optimale Rahmenbedingungen in Berlin einsetzen.

Forderung: Cluster Green Economy etablieren

Die IHK fordert, dass ein forschungs- und innovationsstarker Cluster "Green Economy" eingerichtet wird. Dazu sind die Angebote der Wirtschafts- und Technologieförderung des Landes auszuweiten und die verantwortlichen Akteure in einer Task Force Green Economy zusammenzubringen.

<p>Ziel: Energie- und klimapolitische Strategie mit der Wirtschaft formulieren - Unternehmen bei der Energiewende unterstützen</p>

Maßnahme: Aktionsbündnis KlimaSchutzPartner Berlin weiter mit gestalten

Die IHK wird den Wettbewerb „KlimaSchutzPartner des Jahres“ weiterhin federführend organisieren und weitere Aktionen innerhalb des Bündnisses planen. Ziel ist es, Best Practices im Klimaschutz weiter bekannt zu machen.

Maßnahme: Beteiligung an Fachgremien fortführen

Die IHK Berlin wird ihre Kompetenzen für eine nachhaltige Stadt- und Wirtschaftsentwicklung weiterhin in den wesentlichen Fachgremien einbringen, z.B. im Beirat Cluster Energietechnik u.a.

Maßnahme: Unterstützungsangebote zur Bewältigung der Energiewende für Berliner Unternehmen fortführen

Die IHK Berlin wird ihre erfolgreichen Unterstützungsangebote für Unternehmen (Energiecoaching, Fachveranstaltungen etc.) fortführen und die Gründung eines neuen Energieeffizienznetzwerkes aktiv vorantreiben.

Maßnahme: Wissenstransfer für Energie- und Ressourceneffizienz fördern

Die IHK Berlin wird die Wirtschaft bei der nationalen und internationalen Vermarktung ihres Know-hows für Energie- und Ressourceneffizienz und bei der wirtschaftlichen Vernetzung unterstützen. Wichtiger Anker ist die Fortführung des Tages der Berliner Energiewirtschaft als zentraler Branchentreff in Berlin.

Maßnahme: Kompetenzaufbau und Fachqualifikation fördern

Die IHK wird sich weiterhin für den Kompetenzaufbau im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz in der Berliner Wirtschaft einsetzen, dabei vor allem für die Etablierung des Weiterbildungsangebots Energiemanager (IHK) in Berlin.

Maßnahme: Förderung für Berliner Unternehmen sichern und Anreize schaffen

Die IHK wird sich für eine wirtschaftsfreundliche und unbürokratische Ausgestaltung der neuen Berliner EFRE-Förderprogramme für klima- und umweltverträgliche Produkte, Technologien und Prozesse einsetzen.

Forderung: Gebäudestrategie für Nichtwohngebäude mit Augenmaß

Die IHK Berlin wird fordern, dass bei der Erstellung einer ganzheitlichen Gebäudestrategie die Spezifika von Nichtwohngebäuden im erforderlichen Maß berücksichtigt werden und nicht durch überambitionierte Standards neue Investitionshürden aufgebaut werden.

Forderung: Energiewende gestalten statt verwalten

Die IHK Berlin wird fordern, dass die Umsetzung der Energiewende in Berlin durch effiziente Management- und Organisationsstrukturen neue Impulse bekommt. Dabei ist ein konkretes Organisationsmodell zu realisieren, das mit Hilfe einer engen Einbindung von Politik und Privatwirtschaft Projekte aus Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt, Akteure zusammenführt und energiepolitische Prozesse begleitend unterstützt.

Forderung: Ein zuverlässiges und kosteneffizientes Strommarktdesign einfordern

Bei der Ausgestaltung des künftigen Strommarktdesigns wird die IHK eine sichere und kosteneffiziente Ausgestaltung unter Beibehaltung von Wettbewerb einfordern.

Forderung: Interessen und Potenziale der Wirtschaft in der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie berücksichtigen

Die IHK wird sich für einen technologieoffenen und wirtschaftsfreundlichen Instrumentenmix bei der Ausgestaltung des Berliner "Energiewendegesetzes" und der Erarbeitung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms einsetzen, der durch Freiräume eigenverantwortliches Handeln der Wirtschaft stärkt.

Forderung: Wirtschaftlichkeit bei Effizienzstrategie und Energieeffizienzvorgaben fordern

Die IHK wird fordern, dass bei der Erarbeitung der Effizienzstrategie im Bund und konkretisierender Instrumente der Schwerpunkt auf die Förderung der Energieeffizienz gelegt wird, statt Einsparungen vorzuschreiben. Dort wo ordnungsrechtliche Vorgaben gemacht werden, muss die Wirtschaftlichkeit der Vorgaben – unter Berücksichtigung unternehmensindividueller Rahmenbedingungen – gleichrangig zu den Zielen des Klimaschutzes sein.

Forderung: Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bei Umsetzung der Energiewende erhalten

Die IHK wird fordern, dass Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strompreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind. Insbesondere dürfen Änderungen im Förderregime bestimmter Technologien nicht zu weiteren Strompreisanstiegen führen. Die Belastung von Eigenerzeugungsanlagen ist kontraproduktiv.

<p>Ziel: Impulse für eine wirtschaftsfreundliche Wasserpolitik und nachhaltigen Gewässerschutz setzen</p>
--

Forderung: Berliner Wasserrecht wirtschaftsfreundlicher gestalten

Im Zuge der Novellierung des Berliner Wassergesetzes wird sich die IHK für den Abbau von Bürokratiekosten, die Förderung innovativer Wassertechnologien und gegen zusätzliche Belastungen von Unternehmen etwa bei einer erweiterten Pflicht zur Dichtheitsprüfung einsetzen. Zusätzliche Abgaben müssen nachweislich eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lenkungswirkung entfalten.

Forderung: Wasserpreise dauerhaft reduzieren

Die IHK Berlin fordert wettbewerbsfähige Wasserpreise, denn trotz der Trinkwasserpreissenkung sind die Abwassergebühren weiterhin deutlich höher als in anderen deutschen Großstädten. Damit Unternehmen dauerhaft mit wettbewerbsfähigen Wasserpreisen kalkulieren können, muss der Senat die gesetzlichen Grundlagen so anpassen, dass hohe Gewinnentnahmen seitens des Landes vermieden und Belastungen durch Abgaben und Entgelte gemindert werden.

Forderung: Grundwassermanagement etablieren

Von der Berliner Politik fordert die IHK Berlin ein nachhaltiges Grundwassermanagement für die Stadt und wird ihrerseits die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bei der Durchführung der geplanten Modellprojekte unterstützen.

Ziel: Immissionsschutz und Chemikaliensicherheit mit der Wirtschaft gestalten

Maßnahme: Unternehmen bei der Umsetzung des europäischen Chemikalienrechts unterstützen

Die IHK Berlin wird KMU bei der Umsetzung der REACH-Verordnung unterstützen. Bei der Bundesregierung wird sich die IHK für eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung des europäischen Chemikalienrechts stark machen.

Forderung: Immissionsschutzanforderungen im Dialog mit den Unternehmen weiterentwickeln

Die IHK wird sich dafür einsetzen, dass neue gesetzliche Regelungen beispielsweise aus dem EU-Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung sowie die Umsetzung von regionalen Maßnahmen aus der Luft- bzw. Lärminderungsplanung keine unverhältnismäßigen und unwirtschaftlichen Anforderungen an die Unternehmen am Standort stellen. Dabei ist insbesondere die Einbindung der Betroffenen vor Ort zu gewährleisten,

Forderung: Servicequalität bei umweltrechtlicher Genehmigungspraxis verbessern

Die IHK wird den Dialog mit der Genehmigungsbehörde für Gewerbe- und Industrieanlagen fortführen und sich für ein unbürokratisches und praxisnahes Verfahren stark machen. Der Schwerpunkt soll insbesondere auf der regionalen Umsetzung europäischer Vorgaben gemäß Seveso- bzw. Industrieemissionsrichtlinie liegen.

Ziel: Naturschutz - Chance für die Wirtschaft nutzen, Belastungen vermeiden

Forderung: Naturschutzpolitik im Sinne der Wirtschaft begleiten

Die IHK wird sich unter Einbindung der Unternehmen zu neuen gesetzlichen Regelungen mit dem Ziel positionieren, Naturschutzpolitik in Berlin zu fördern, ohne dabei wirtschaftliche Entwicklung einzuschränken.

Maßnahme: Naturschutz für Unternehmen transparent machen

Die IHK wird Maßnahmen ihres Kommunikationskonzeptes zur Sensibilisierung von Unternehmen zur Erhaltung biologischer Vielfalt umsetzen und gemeinsam im Dialog mit Unternehmen und Senatsverwaltung weiterentwickeln.

Maßnahme: Wissenstransfer für Klima- und Naturschutz fördern

Die IHK wird sich dafür einsetzen, den Wissenstransfer zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern. So wird die IHK Berlin im Rahmen der Bundesinitiative „Unternehmen biologische Vielfalt 2020“ im Expertennetz vertreten sein. Ziel ist es, die Initiative konzeptionell auf Bundesebene weiterzuentwickeln sowie den Erfahrungsaustausch zur Umsetzung regionaler Maßnahmen zu intensivieren.

Maßnahme: Stellenwert des Stadtgrüns hervorheben

Die IHK wird sich insbesondere in ihrer Funktion als Mitglied des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege für die besondere Bedeutung eines intakten Stadtgrüns für den Wirtschaftsstandort Berlin einsetzen.

Ziel: Abfallpolitik und -Service unternehmensfreundlich gestalten

Maßnahme: Pflicht zur Vollständigkeitserklärung für Unternehmen erleichtern

Die IHK wird Unternehmen jeweils termingerecht über die Hinterlegungspflicht für Vollständigkeitserklärungen nach der Verpackungsverordnung informieren und Hilfestellung bei der elektronischen Hinterlegung geben.

Maßnahme: Abfallberatung auf hohem Niveau fortführen

Die IHK wird die vom Staat auf die IHKs übertragene Aufgabe der Abfallberatung nach § 46 KrWG weiter serviceorientiert ausführen.

Maßnahme: Abfallrechtliche Gesetzgebung - wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung und Umsetzung einfordern

Die IHK wird bei der Entwicklung neuer abfallrechtlicher Rahmenbedingungen auf EU-, Bundes- und Landesebene auf Wettbewerb und funktionierende Marktwirtschaft drängen und eine praktikable und unternehmensfreundliche Umsetzung einfordern.

Forderung: Wertstoffgesetz - Wettbewerb sichern und unternehmensfreundliche Ausgestaltung fordern

Die IHK wird daher eine Wertstoffsammlung unter privater Trägerschaft einfordern, denn Wettbewerb und Markt haben dafür gesorgt, dass die Kosten der Verpackungserfassung und -verwertung um die Hälfte gesenkt werden konnten und Deutschland führend beim Recycling ist. Bei einer gesetzlichen Neugestaltung müssen diese Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gewahrt bleiben.

Ziel: Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen - politische Rahmenbedingungen optimieren

Maßnahme: Marketingkampagne für freiwillige Umweltmanagementsysteme

Die IHK wird sich 2015 insbesondere auf das 20-jährige Jubiläum von EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) konzentrieren und dazu konkrete Aktionen für Berliner Unternehmen starten. Ziel ist es, bestehende EMAS-Betriebe bekannter zu machen sowie neue Unternehmen für dieses anspruchsvolle, freiwillige Umweltmanagementsystem zu gewinnen.

Maßnahme: EMAS-Register führen

Die IHK wird die Führung des EMAS-Registers, eine vom Staat auf die IHKs übertragene Aufgabe, serviceorientiert ausführen. Dabei wird sich die IHK insbesondere auf einen reibungslosen Übergang des EMAS-Registers in das neue EDV-System konzentrieren.

Maßnahme: Unternehmerischen Input sammeln - neue gesetzliche Regelungen transparent machen

Die IHK wird Unternehmen über neue gesetzliche Bestimmungen im Bereich des Energie- und Umweltrechts durch Workshops, Newsletter und Merkblätter informieren.

Forderung: Öffentliche Hand in die Pflicht nehmen

Die IHK Berlin wird eine glaubwürdige Vorreiterrolle der öffentlichen Hand in allen umwelt- und energiepolitischen Feldern fordern.

Aktionsfeld: Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Vision: Berliner Wirtschaft bedient internationale Märkte exzellent

Die Metropolregion Berlin ist eine der attraktivsten und dynamischsten Investitionsstandorte Europas. Die Berliner Unternehmen sind branchenübergreifend Anbieter und Dienstleister für Kunden und Märkte auf der ganzen Welt. Durch ihre umfassenden Marktanalysen, ihr Know-how über Zielmärkte sowie permanente Qualitätssicherung und Produktpassung bedient die Berliner Wirtschaft internationale Märkte exzellent, schnell und zuverlässig.

Ziele im Überblick

- Ziel: Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten
- Ziel: Berliner Unternehmen bei der Markterschließung EU-Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern
- Ziel: International tätige Berliner Unternehmen für die Themen Sicherheit und Compliance im internationalen Geschäft sensibilisieren
- Ziel: Netzwerke im Bereich der international tätigen Unternehmen Berlins fördern

Ziel: Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten
--

Maßnahme: Mit der Wirtschaftsförderung der Stadt zusammenarbeiten

IHK Berlin wird auch im neuen Jahr eng mit der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, der Wirtschaftsförderung des Landes Berlin, im Interesse der Berliner Unternehmen zusammenarbeiten. Insbesondere gilt dies für die Organisation von Messegemeinschaftsständen für die Berliner Wirtschaft sowie bei politisch begleiteten Delegationsreisen.

Maßnahme Empfang ausländischer Delegationen machen

Es werden wieder zahlreiche ausländische Delegationen mit Unternehmerinnen und Unternehmern erwartet, die an einer engen Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft interessiert sind. Ziel dieser Delegationen ist sowohl eine Verstärkung bestehender wirtschaftlicher Beziehungen als auch der Aufbau neuer Kooperationen. Für Berliner Unternehmen wird es dabei wieder vielfältige Möglichkeiten geben, mit neuen Geschäftspartnern in Verbindung zu treten.

Maßnahme: Delegationsreisen organisieren

Die IHK Berlin wird auch 2015 wieder Delegationsreisen mit hochrangiger politischer Begleitung organisieren. Die Auswahl der Ziele wird dabei in Abstimmung mit dem Senat sowie mit Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie als Berliner Wirtschaftsförderung erfolgen.

Maßnahme: Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

Die IHK Berlin berät ihre Mitgliedsunternehmen in allen Fragen des Zolls und des Außenwirtschaftsrechts und wird sich im Sinne ihrer Mitgliedsunternehmen für transparente und unternehmensfreundliche Zollverfahren bei der Zollverwaltung einsetzen.

Maßnahme: Zoll-Workshops für Firmen anbieten

Die IHK Berlin wird wieder Workshops zu unterschiedlichen Themen der Außenwirtschaft anbieten. Hierbei steht die praktische Abwicklung internationaler Geschäfte im Vordergrund. Die wesentlichen außenwirtschaftlichen Themen werden ebenso behandelt wie die formale und technische Abwicklung von Außenwirtschaftsdokumenten beim Zoll. Die Workshops sind für Newcomer im internationalen Geschäft, aber auch zum Update für bereits im Außenhandel tätige Unternehmen konzipiert.

Maßnahme: Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen

Die IHK Berlin stellt Ursprungszeugnisse, Carnets und anderen Bescheinigungen für die Außenwirtschaft aus und bietet Beratungen im Zusammenhang damit an. Im Rahmen des Sofortservices haben die Unternehmen die Möglichkeit, Dokumente noch am selben Tag ausgefertigt zu bekommen.

Ziel: Berliner Unternehmen bei der Markterschließung EU-Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern

Maßnahme: Zu Fragen der Europäischen Union beraten

Die IHK Berlin berät zu Fragen rund um die EU, insbesondere zum Warenverkehr im Binnenmarkt und zu steuerlichen Fragen im Zusammenhang damit. Darüber hinaus berät sie in Fragen der Niederlassung und zur Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und stellt in diesem Zusammenhang die erforderlichen EG-Dienstleistungsbescheinigungen aus.

Maßnahme: Kooperation mit dem EEN vertiefen

Um verstärkt Synergien zu nutzen, wird die IHK Berlin als privilegierter Partner weiterhin in enger Kooperation mit dem Enterprise Euro Network (EEN) Berlin-Brandenburg zusammenarbeiten, das in vielen Belangen rund um das Geschäft im Binnenmarkt berät.

Ziel: International tätige Berliner Unternehmen für die Themen Sicherheit und Compliance im internationalen Geschäft sensibilisieren

Maßnahme: Schulungs- und Informationsangebot ausbauen

Die IHK Berlin wird ihr Schulungs- und Informationsangebot im Bereich der Außenwirtschaft im Jahr 2015 fortsetzen und ausbauen. Neben der täglichen individuellen Beratung von Mitgliedsunternehmen werden wieder zahlreiche Veranstaltungen und Ländersprechtage zu unterschiedlichen Themen der Außenwirtschaft angeboten.

Ziel: Netzwerke im Bereich der international tätigen Unternehmen Berlins fördern

Maßnahme: Austausch zwischen Exportunternehmen fördern

Die IHK Berlin vernetzt die exportierenden Unternehmen unterschiedlicher Branchen und internationaler Business-Communities der Stadt und erarbeitet Vorschläge zu deren optimierten Informationsaustausch. Sie führt Veranstaltungen, Delegationsreisen sowie Netzwerk- und Branchentreffen durch, damit die Berliner Wirtschaft ihren formellen aber auch informellen Erfahrungsaustausch über Länder- und Regionenspezifika, Änderungen rechtlicher Vorschriften im Bereich des internationalen Warenverkehrs, Produktergänzungen und bestehende sowie potenzielle Kundenkreise erweitern kann. Als neues Instrument der Vernetzung wird die XING-Gruppe „Internationale Wirtschaft“ in Berlin weiter ausgebaut.

Weitere Leistungen

Ziele im Überblick:

Ziel: IHK Berlin bleibt weiterhin Meinungsmacher in wirtschaftspolitischen Debatten in Berlin

Ziel: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch einen verbesserten Zugang zu wirtschaftsrelevanten Informationsangeboten

Ziel: Steigende gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in der Berliner Wirtschaft

Ziel: IHK Berlin bleibt weiterhin Meinungsmacher in wirtschaftspolitischen Debatten in Berlin

Maßnahme: Wirtschaftsmagazin „Berliner Wirtschaft“ herausgeben

Die IHK Berlin wird mittels des Monatsmagazins „Berliner Wirtschaft“ (BW) über wirtschaftliche Themen in der Hauptstadt berichten. Durch Nachrichten, Berichte, Interviews, Porträts und Info-Grafiken wird der Leser über Berliner Unternehmen, die Wirtschaftspolitik des Landes und des Bundes sowie rund um Servicethemen informiert. Als Neuerung wird die BW an dem vom DIHK initiierten "Zeitschriften-App-Projekt" teilnehmen - und kann dann auch von einem deutschlandweiten App-Zeitschriften-Kiosk aus angesteuert werden, der viele weitere IHK-Magazine enthält.

Maßnahme: Fundierte Wirtschaftsinformationen an Journalisten weitergeben

Die IHK Berlin wird die mediale Wirtschaftsberichterstattung durch ihre fundierte Expertise in Form von Zahlen-, Daten- und Faktenkompendien sowie umfangreiche Studien und gezielte sowie aktuelle Analysen stärken. Aus diesem fachspezifischen Wissensvorsprung ergibt sich ein intensiveres Verhältnis zwischen Medien und IHK und soll die Vernetzung der Berliner Wirtschaft mit regionalen und überregionalen Medien vertiefen.

Maßnahme: Regelmäßig Wirtschaftspolitisches Frühstück durchführen

Die IHK Berlin schafft mit dem "Wirtschaftspolitischen Frühstück" den Raum für einen Austausch zwischen Berliner Unternehmerschaft und Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um Netzwerke auszubauen und konstruktive Diskussionen zu fördern. Im Jahr 2015 sollen verstärkt auch überregional und international bekannte Spitzenkräfte aus Politik und Wirtschaft gewonnen werden.

Ziel: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch einen verbesserten Zugang zu wirtschaftsrelevanten Informationsangeboten

Maßnahme: Online-Kommunikation ausweiten

Ihr Social Media Angebot wird die IHK Berlin entsprechend der Nutzung und den Bedürfnissen der Mitglieder ausbauen und in ihre Gesamtkommunikation integrieren. Neben der intensiven Nutzung etablierter Kanäle wie Twitter und Xing, sollen weitere Kommunikationsangebote zielgruppenspezifisch geschaffen und kampagnenübergreifend vermarktet werden.

Maßnahme: Telefonische Erstauskünfte anbieten

Die IHK Berlin wird mehr als 44.000 telefonische Anfragen über die zentrale Einwahl der IHK beantworten oder an Spezialisten der IHK weiterleiten.

Ziel: Steigende gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in der Berliner Wirtschaft

Maßnahme: Mitglieder und Öffentlichkeit stärker auf Möglichkeiten für ein Ehrenamt in der Berliner Wirtschaft aufmerksam machen

Die IHK Berlin wird mit verschiedenen Maßnahmen auf die Möglichkeiten aufmerksam machen, sich im IHK-Ehrenamt für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin einsetzen zu können. So soll die Marke „IHK“ stärker mit dem Thema Ehrenamt verbunden werden, um in der Öffentlichkeit mehr Verständnis für Unternehmertum sowie für die Struktur und Aufgaben der Interessenvertretung der Berliner Unternehmerschaft zu schaffen.

Maßnahme: Anerkennung der IHK Ehrenamtlichen fördern

Die IHK Berlin wird mit verschiedenen Maßnahmen die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements der Berliner Unternehmer und Unternehmensvertreter für die Berliner Wirtschaft fördern und deren Leistungen würdigen.

Stichwortverzeichnis

A

Abfallpolitik und -Service	50
Abfallrechtliche Gesetzgebung	54
ADR-Richtlinie.....	26
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	34
Anerkennungsgesetz	34
Arbeitslosigkeit.....	31
arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	32
Attraktives Wohnen	17
Attraktivität Berlins.....	11
Attraktivität Berlins für Fachkräfte	31
Attraktivitätsmerkmal für Arbeitgeber.....	33
Aufgabenanalyse in der Verwaltung	25
Aufgabenkritik des Staates.....	25
Aus- und Bildungsangebote	3, 10
Ausbildungsabbrüche.....	41
Ausbildungsbetriebe.....	31
Ausbildungsreife	31
Ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung	20
Ausländische Delegationen.....	44
Außenwirtschaftsrecht	56
Austausch mit der Finanzverwaltung.....	22
Austausch zwischen Exportunternehmen.....	57

B

Bauleitplanung	17
Baustellenkommunikation	15
bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung.....	45
Begegnungsplattform für Studierende.....	48
Belegschaft.....	35
BEPS-Initiative	22
Beratungsleistung.....	7
Berlin als Modellstadt.....	50
Berlin SüdWest	14
Berliner Anerkennungsgesetz.....	39
Berliner Arbeitsmarkt.....	32
Berliner Bildung in Zahlen	41
Berliner Gerichte.....	28
Berliner Industriepolitik.....	48
Berliner Liegenschaftspolitik	14
Berliner Wirtschaft	58
Berliner Zukunftsorte.....	45
Berufs- und Studienorientierung.....	31, 38
Berufsbildungsexport	31, 44
Berufsorientierung	39
Berufsschulreform	40
Berufszugang	26
Bessere Integration durch Bildung.....	31

Beste Ausbildungsbetriebe	41
Beteiligungskapital	46
Betriebliche Aus- und Weiterbildung	31
Bildungspolitik aktuell	41
Bildungspolitische Zwecke.....	36
Bildungssystem	31, 42
Brancheninterne Lösungen.....	33
Branchenspezifische Trends	11
Branchenspezifisches Informationsangebot.....	4
Bürgerzentren	28
Bürokratienteilung.....	28
Business Welcome Services	11

C

Chancengleichheit.....	35
Cluster.....	1
Clustermonitoring	4
Clusterstruktur	2
Coregroup	9
Corporate Social Responsibility.....	1

D

Datenbasis der Industrie	47
Datenschutzvorgaben.....	26
Delegationsreisen.....	56
De-Mail.....	27
Denkmalschutz	14
Diversity Management.....	35
duale und akademische Ausbildung.....	42
Duales Lernen	39

E

Effizienzstrategie und Energieeffizienzvorgaben... ..	52
Ehrbarer Kaufmann.....	11
Ehrung der besten Aus- und Weiterbildungsabsolventen.....	42
Einstiegsqualifizierung.....	37
EMAS-Register.....	55
Energie- und klimapolitische Strategie.....	50
Energie- und Ressourceneffizienz.....	51
Energiewende.....	51
Entlastung des Arbeitsmarktes.....	32
Entscheidungshierarchien.....	27
erster Arbeitsmarkt.....	32
Erzieherausbildung	36
Europäische Union.....	57
Europäischer Strukturfonds	7
EU-Strukturfondsmittel	7
Externenprüfung.....	43

Sitzung der Vollversammlung am 9. Januar 2015

Anlage 1: Arbeitsprogramm

exzellente Berufsorientierung	38
Exzellenz der Hochschulen	45
Exzellenzinitiative	49

F

Fachkräftebedarf	34
Fachkräftegewinnung	32
Fairer Wettbewerb	20
Familienfreundliche Unternehmenspolitik	33
Finanzielle Barrieren	7
Finanzierungsinstrumente	6
Flexibilität am Arbeitsmarkt	32
Fördern & Fordern	39
Förderprogramme	7
Förderstruktur	5
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	45
Fremdsprachigkeit in der Verwaltung	28

G

Gebäudestrategie für Nichtwohngebäude	51
Geschäftsstraßeninitiative	14
Geschäftsstraßenkooperation	14
Gesetze und Rechtsverordnungen	25
Gesetzgebungsverfahren	26
Gestaltung der Integrationspolitik	39
Gesundheitswirtschaft	1
Gewerbesteuerbelastung	20, 21
Gewerbesteuerinitiative	21
Green Economy	50
Gründerberatung	34
Gründercoaching Deutschland	7
Gründerhauptstadt	1, 8
Gründungsnetzwerk Berlin	9
Gründungsphase	7
Grundwassermanagement	53

H

Hauptstadtmarketing	10
Haus der kleinen Forscher	36
Haushaltsentlastung	20
HealthCapital	2

I

IHK-Berufsorientierungsportal	38
IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft	1
Immissionsschutz	53
Immissionsschutz und Chemikaliensicherheit	50
Industrie 4.0	42
Industrielle Basis	45, 47
Industriepolitische Initiativen	45

Infrastruktur der Gewerbegebiete	13
Initiative zu Fahrrad und Handel	19
Inklusion	35
innoBB	2
Innovationsfähigkeit	45
innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik	5
Innovationsfrühstück	49
Innovationspotentiale und -leistungen	5
Innovationsstandort Berlin	5
Integration	35
internationale Handelsbeziehungen	56
Investitionsquote erhöhen	20
IT-Sicherheit	30

J

Justizverfahren beschleunigen	28
-------------------------------------	----

K

Kapazitäten für Fernbushalteplätze	19
Karrierechancen von Frauen	35
Karrierewege	41
Klima- und Naturschutz	54
KlimaSchutzPartner	51
Kombimodelle	42
Kompetenzcheck	39
Konfliktfreie Nachbarschaft	19
Konjunktorentwicklung	8
Kooperation mit AHKs	44
Kooperation mit dem EEN	57
Kreativbranche	4

L

Länderfinanzausgleich	20
Landeskonzept Studien- und Berufsorientierung ..	39
Last-minute Börse	37
Law made in Germany	28
lebenslanges Lernen	41
Lehrerpraktika	36

M

marktreif.berlin	3, 48
Marktwirtschaftliche Prinzipien	20, 24
Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg	2
Meisterfeier	42
Metropolregion	32
Midijobs	32
MINT-Bildung	31
Mitarbeiterorientierte Unternehmensführung	49
Mitglied in Förderausschüssen	6
Mittelstandsfinanzierung	6

Sitzung der Vollversammlung am 9. Januar 2015

Anlage 1: Arbeitsprogramm

Mittendrin Berlin.....	14
Mobilitätsberatung	41
Mobilitätskonzepte.....	18
Monetäre Wirtschaftsförderung	1

N

Nachfolgeregelung	10
Naturschutzpolitik	53

O

Olympiabewerbung	10
Online-Angebote der Berliner-Ämter.....	25
Online-Gewerbemietenservice	14
Online-Kommunikation.....	58
ÖPNV	18
Organisationsstrukturen vereinheitlichen	27

P

Passgenaue Vermittlung	37
Personalbedarfskonzept.....	29
Personalmanagement.....	29
Personalmanagement professionalisieren.....	25
Positive Standortfaktoren	7
Potenzialstandorte.....	45
präventive Maßnahmen	33
Prüferkonferenz	42
Prüferqualität.....	44
Prüferschulungen.....	42
Prüfungen in der Ausbildung.....	40

Q

Qualität der Ausbildung	41
Qualitätsoffensive	38
Qualitätssiegel.....	41

R

Reform der Gemeindefinanzen	21
Reform der Grundsteuer.....	21
Regionalpartnerschaft der KfW	7
Reisebusfreundlichkeit.....	19
Rekommunalisierung	23
Road Map Green Economy.....	50
Routennetz für Schwerlasttransporte	13

S

Sachkundeprüfungen.....	31
Schaufenster Elektromobilität	18
Schlau aus dem Stau.....	19

Schulpartnerschaften.....	38
Schwarzarbeit	31
Selbstverwaltungsaufgaben.....	25
Servicequalität	25, 53
Servicequalität der Berliner Verwaltung.....	27
ServiceStadt Berlin 2016.....	27
Shared Services	27
Smart City.....	18
Smart Technologies	49
Sport als Wirtschaftsfaktor	10
Sport und Wirtschaft	10
Sportmetropole Berlin.....	10
Sportstadt	1
Städtebauförderung	16
Stadtgrün	54
Stadtprägende Standorte.....	16
Standortfaktoren	1
Standortmarketing.....	1
Starter Center	8
Start-up.....	9
Steigende gesellschaftliche Anerkennung.....	58, 59
Steigerung der Schulqualität.....	36
Steuerpraxis vereinfachen	20
Steuerungsrunde "Medien und Kreativwirtschaft" ...	3
Steuervollzug	20
Straßenraumgestaltung	19
Studienabbruch	43
SWOT-Analyse.....	4

T

Tage der Berufsausbildung.....	37
Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen	45
Technologiestiftung Berlin.....	5
Teilqualifikationen.....	32
Telefonische Erstauskünfte	58
Tourismuskonzept.....	10
Tourismusmagnet.....	10
Touristische Netzwerke	10
Transfer-Allianz	46

U

Übergänge von Schule in Ausbildung	31
UMFIS	50
Umsetzung der Handlungsempfehlungen	47
Umweltmanagementsysteme	54
Umwelttechnik	50
Unternehmensfinanzierung.....	7
Unternehmensförderung.....	1
Unternehmensförderung "aus einem Guss".....	5
Unternehmensservice.....	6

Sitzung der Vollversammlung am 9. Januar 2015

Anlage 1: Arbeitsprogramm

Unternehmenssicherheit.....	25
Unternehmerisches Denken.....	45
Unternehmerisches Denken an Hochschulen	49
Urban Tech Republic	18

V

Verbraucherschutz	26
Verbundausbildung	40
Vereinbarkeit	33
Vereinbarkeit Familie und Beruf	31, 33
Vergabe öffentlicher Fördermittel.....	6
Vergaberecht entbürokratisieren	21
Verkehr/Mobilität/Logistik	5
Verkehrsinfrastrukturprojekte.....	15
Verkehrsorganisation und Verkehrslenkung.....	15
Vernetzung	4
Vernetzung von Handel und Tourismus	11
Verstaatlichung	22
Verstaatlichungen verhindern.....	20
Verwaltung wirtschaftsfreundlich gestalten.....	27
Verwaltungsmodernisierung.....	28
Verwaltungsvereinfachung	27
Vielfalt unter den Beschäftigten.....	31
visitBerlin.....	19
Vollzeitschulische Ausbildungsangebote	38
Vorschulpflicht.....	36

W

Wagnis- und Beteiligungsfinanzierung.....	6
Wassertourismus.....	11
Weiterbildungsbewusstsein	43
Weiterbildungsprüfungen	42
Weiterbildungstrends	43
Wertstoffgesetz.....	54
Wettbewerb in der Abfallwirtschaft	23
Wettbewerb in der Daseinsvorsorge	23
Wettbewerb in der Energiewirtschaft.....	23
Wettbewerbsverzerrung	32
Wirtschaftliche Entwicklung	1
Wirtschaftliche Entwicklung Berlins	8
Wirtschaftsförderinstitutionen	1
wirtschaftsfreundliche Wasserpolitik.....	50
Wirtschaftspolitisches Frühstück.....	58
Wirtschaftsverkehrskonzept.....	13

Z

Zentreninitiative	14
Zentrenkonzepte	14
Zielführende Weiterbildungskultur	31, 43
Zoll- und Außenhandelsdokumente.....	57
Zoll-Workshops.....	57
Zukunftsherausforderung.....	47
Zukunftsvision.....	7
Zusatzqualifikationen für Leistungsstarke.....	37
Zuzug ausländischer Fachkräfte.....	31